



Jahrestagung 2017 Integration von Muslimen: Probleme? Lösungen?



Vorwort

Kein Thema berührt die Grunderwartungen der Menschen gegenüber ihrem Staat derweil so stark wie die Frage nach der Gestaltung der offenbar unausweichlichen Zuwanderung und ihrer Folgen, insbesondere mit Blick auf den muslimischen Glauben der allermeisten Flüchtlinge, Asylbewerber und Zuwanderer.

In der Debatte prallen von Verantwortungsethik und vom Blick auf den Gesamtstaat und Europa getragene Positionen auf gesinnungsethische Denkweisen, die sich wie in vorsozialstaatlichen Zeiten an der Barmherzigkeit gegenüber dem Individuum orientieren. Die Konsequenzen individueller Barmherzigkeit tragen dann alle.

Die Auseinandersetzung mit dem Islam bestimmt die Diskussion. Während viele Muslime sich unauffällig in die deutsche Gesellschaft integrieren, schotten sich sehr viele ab und bilden Parallelgesellschaften.

Kritische Fragen oder Datenerhebungen zu diesen Themen werden meist reflexhaft tabuisiert und mit Rassismus-Vorwürfen überzogen. Eine an Fakten orientierte Diskussion wird durch undifferenzierte Formeln wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ erschwert und durch Wunschdenken vernebelt.

Die Deutsche Nationalstiftung sieht keine Alternative zur Integration der hier auf Dauer lebenden Zuwanderer und hält gerade deshalb eine offene Befassung mit bestehenden Problemen für unverzichtbar.

Diese Dokumentation beschreibt im ersten Teil den Inhalt der 24. Jahrestagung vom 7. November 2017 zum Thema „Integration von Muslimen – Probleme? Lösungen?“. Im zweiten Teil präsentiert sie drei besonders beispielhafte Veröffentlichungen unseres Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Richard Schröder zu grundsätzlichen Fragen der Zuwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die von ihm, Eva Quistorp und Gunter Weißgerber verfassten „Zehn Thesen“ erscheinen demnächst im Herder-Verlag als Buch.

Mit dieser Dokumentation möchten wir unsere Leserinnen und Leser zu einer eigenen, aktiven Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen ermuntern und ermutigen.

Hamburg, im Dezember 2017

Dirk Reimers
Geschäftsführender Vorstand

Inhaltsverzeichnis

Die 24. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung zum Thema „Integration von Muslimen – Probleme? Lösungen?“ fand am Dienstag, 7. November 2017 im Atrium der Deutschen Bank AG in Berlin-Mitte statt. Wir danken der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung für die Förderung der Jahrestagung und der Deutschen Bank AG für den äußeren Rahmen des Abends. Die Beiträge des Abends sind in dieser Dokumentation wiedergegeben.

„Integration ist mehr als das Befolgen von Gesetzen“ Einleitung von Dirk Reimers Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Nationalstiftung	08
„Gehört der real existierende Islam zu Deutschland?“ Prof. Dr. Ruud Koopmans Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Humboldt-Universität zu Berlin	12
Podiumsdiskussion Integration von Muslimen – Probleme? Lösungen?	24
Anhang: 10 Thesen für ein weltoffenes Deutschland Von Prof. Dr. Richard Schröder, Eva Quistorp, Gunter Weißgerber	48
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Von Prof. Dr. Richard Schröder	54
Mit Familie wird wie zu Hause gelebt Prof. Dr. Richard Schröder über den Nachzug von Angehörigen	60
Über die Deutsche Nationalstiftung	62
Verein zur Förderung der Deutschen Nationalstiftung e.V.	63
Gremien	64
Kontakt/Impressum	65

„Integration ist mehr als das Befolgen von Gesetzen“

Dirk Reimers, Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Nationalstiftung



Warum befasst sich die Deutsche Nationalstiftung mit der Integration von Muslimen?

Weil das Thema der Deutschen Nationalstiftung die Nation ist.

„Nation“ definieren wir in Anlehnung an den französischen Religionsphilosophen Ernest Renan als das auf eine gemeinsame Zukunft angelegte Wir-Gefühl im Sinne kultureller Zugehörigkeit (cultural belonging).

Die Nation definiert sich also nicht ethnisch oder religiös, sondern als eine für jedermann offene „Idee“ im Sinne eines „täglichen Plebiszits“ über die Zugehörigkeit zur Nation.

„Die Idee der deutschen Nation und die Bestimmung unserer nationalen Identität in einem geeinten Europa dürfen wir weder extremen politischen Kräften noch den Gegnern der europäischen Integration überlassen“, sagte Helmut Schmidt im Gründungsauftrag der Deutschen Nationalstiftung, und weiter:

„Der Versuch, auf den Begriff von Nation und nationaler Identität zu verzichten, müsste abermals die Gefahr einer deutschen Sonderrolle auslösen.“

Deshalb hat die Deutsche Nationalstiftung den Auftrag,

- die nationale Identität der Deutschen bewusst zu machen und
- die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten Europas zu stärken.

Integration verlangt ein dauerhaftes „Wir-Gefühl“

Bei der Nation geht es um das „Wir-Gefühl“ und um die Integration kultureller und religiöser Vielfalt in eine gemeinsame deutsche Identität mit ihren vielen kognitiven und emotionalen Elementen.

Die nationale Identität Deutschlands zu beschreiben, ist nicht einfach, aber wie bei einem pointillistischen Gemälde ergeben viele Einzelpunkte ein erkennbares Ganzes:

Jeder Tourist erkennt sofort, ob er sich in Dubai, in Indien oder in Deutschland befindet. Jeder Wirtschaftsmanager kann sagen, wie sich Vorstandsarbeit in Deutschland von der in Frankreich, Großbritannien, den USA oder Spanien unterscheidet. Wenn also jemand meint, die deutsche Identität sei jenseits der Sprache gar nicht feststellbar, dann sollte man solche Peinlichkeit vielleicht als Indiz deutscher Ich-Schwäche und nationaler Neurose zur Kenntnis nehmen und am besten mit Schweigen übergehen.

Die Deutsche Nationalstiftung will sich jedenfalls seriös mit Integration befassen und die Realität ins Auge fassen.

Integration ist mehr als das Befolgen von Gesetzen, denn das müssen auch Touristen. Integration verlangt ein dauerhaftes „Wir-Gefühl“ und es ist offenkundig, dass bei den vielen nach Deutschland kommenden Menschen Muslimen die größten Schwierigkeiten damit haben.

Auch wenn es viele Beispiele gelungener Integration gibt, sind die Probleme mit Muslimen in der Praxis vielfältig und nicht zu übersehen:

Im Kindergarten, in der Schule, im Wohnumfeld, in der Arbeitswelt, in der Kriminalitätsstatistik, in Parallelgesellschaften mit ihren starken Abschottungstendenzen und fehlender Integrationswilligkeit auch in der dritten Generation, in den Kontaktverboten zu Nichtmuslimen, im fehlenden Respekt vor Frauen nach unseren im Grundgesetz fixierten Wertvorstellungen, in der Intoleranz gegenüber Nichtmuslimen und ganz allgemein der westlicher Kultur, wobei Kopftuch, Schleier und Burka sichtbare Symbole für das Signal sind: Wir gehören zusammen, aber wir gehören nicht zu euch.

Solche Schwierigkeiten zu benennen, ist in Deutschland ein Problem. Kritische Fragen werden tabuisiert und ohne inhaltliche Auseinandersetzung reflexhaft mit Vorwürfen von Diskriminierung, Rassismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit belegt und als rechtsextrem und verfassungswidrig gebrandmarkt. Durch solche Realitätsverweigerung schafft man sich seine Extremisten selbst. Wie sagte Helmut Schmidt? „Wir dürfen die Idee der Nation nicht extremen politischen Kräften überlassen.“ Wir brauchen eine offene Debatte. Nur wer Probleme benennt, kann sie lösen.

Die Migranten sind hier und wer erst einmal hier ist, wird auch hier bleiben. Abschiebungen lösen das Problem nur marginal und nicht im Kern. Wir müssen uns also der Integrationsaufgabe stellen.

Deshalb wollen wir eine offene Diskussion fördern und für das große Thema ein paar Anstöße geben. Dafür haben wir prominente Fachleute eingeladen, für deren Kommen wir dankbar sind:



Die Ethnologin **Frau Prof. Dr. Susanne Schröter** leitet das Forschungszentrum „Globaler Islam“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Herr Said Ahmed Arif vertritt als Imam der Khadija Moschee in Berlin-Heinersdorf die Glaubensrichtung Ahmadyya Muslim Jamaat und steht damit auch als Beispiel für die Vielfalt der islamischen Welt.



Herr Prof. Dr. Bassam Tibi als Islamologe von der Universität Göttingen ist vielen als Schöpfer der Begriffe „Euro-Islam“ und „Leitkultur“ bekannt. Er ist Senatsmitglied der deutschen Nationalstiftung.



Herrn Prof. Dr. Richard Schröder hatte ich schon als Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Nationalstiftung vorgestellt. Er ist Philosoph und Theologe.



Der Journalist **Constantin Schreiber** von der Tagesschau spricht auch Arabisch, aber moderiert die Diskussion auf Deutsch.

Vorher hören Sie das Impulsreferat von Herrn Prof. Dr. Ruud Koopmans. Er ist Sozialwissenschaftler und Migrationsforscher an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

„Gehört der real existierende Islam zu Deutschland?“

Prof. Dr. Ruud Koopmans, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Humboldt-Universität zu Berlin



Ist der Islam prinzipiell unvereinbar mit einer offenen, demokratischen Gesellschaft? Oder gehört der Islam zu Deutschland? Beide Sichtweisen haben gemein, dass sie unterstellen, dass es „den“ Islam gibt. Ein solches undifferenziertes Islambild überrascht nicht bei den radikalen Islamkritikern, wohl aber bei den Anhängern der „Der Islam gehört zu Deutschland“-These. Wird der Islam nämlich einheitlich in Bezug auf Terror, Frauenunterdrückung, Hass auf Homosexuelle, Antisemitismus und Fundamentalismus kritisiert, sind sie sonst immer die ersten, die darauf hinweisen, dass der Islam äußerst heterogen sei, und dass es „den“ Islam deshalb gar nicht gebe. Aber wenn es „den“ Islam nicht gibt, dann kann „der“ Islam auch nicht zu Deutschland gehören – es sei denn, man möchte behaupten, dass jede Spielart des Islam, inklusive seiner fundamentalistischen, salafistischen und dschihadistischen Varianten, zu Deutschland gehört.

Die Diskussion um den Islam hat viel mit den Debatten um den Kommunismus zur Zeit des Kalten Krieges gemein. Kritik an Gewalt und Unterdrückung in kommunistischen

Regimes wurde oft damit abgetan, dass die Auswüchse des real existierenden Sozialismus mit dem wahren Kommunismus nichts zu tun hätten, und dass die Machthaber in diesen Ländern gar keine echten Marxisten seien – auch wenn sie sich Kommunisten nannten und ihre Politik unter ständigem Verweis auf die Werke von Marx und Lenin legitimierten. Wenn es um den Islam geht, wird oft ähnlich argumentiert. Der Islam sei per definitionem friedfertig, tolerant, demokratisch, frauenfreundlich usw. und wenn etwas davon abweicht, auch wenn es im Namen des Islam geschieht, hat das halt nichts mit dem „wahren“ Islam zu tun.

Die Frage nach dem real existierenden Islam ist keine theologische Frage

Die richtige und wichtige Frage, die wir uns stellen müssen, lautet nicht, ob der Islam ganz allgemein gesprochen zu Deutschland gehört oder nicht, sondern welcher Islam zu Deutschland gehören kann und welcher nicht. Das heißt, die Frage nach dem real existierenden Islam zu stellen. Dies ist keine theologische Frage. Theologisch lässt sich ein Islam, der sich mit Demokratie, Geschlechtergleichheit, sexueller Selbstbestimmung und Religionsfreiheit verträgt, ganz bestimmt denken und aus den Heiligen Schriften und Traditionen begründen. Aber das gilt genauso gut für sein Gegenteil. Das ist keine Besonderheit des Islam – auch die Heiligen Schriften und Traditionen anderer Religionen sind mehrdeutig und können eine Legitimationsgrundlage für alles und jedes sein. Die Beantwortung der Frage nach dem real existierenden Islam ist deshalb keine theologische, sondern eine empirische Aufgabe: Welche Formen des Islam sind tatsächlich heutzutage dominant? Ist der vorherrschende Islam der Welt von 2017 tatsächlich eine Religion des Friedens, der Demokratie, der Geschlechtergleichheit und der freien Selbstbestimmung? Ich kann diese Fragen in diesem Referat natürlich nur anreißen und möchte das auf drei Ebenen tun:

1. die der islamischen Staaten weltweit,
2. die der muslimischen Organisationen in Deutschland und schließlich
3. die individuelle Ebene der Auffassungen der in Deutschland lebenden Muslime.

Die traurige Realität der islamischen Welt

Schauen wir zuerst auf die islamische Welt. In 2017 gibt es weltweit 195 unabhängige

Staaten. Davon haben 47, oder knapp ein Viertel, eine islamische Bevölkerungsmehrheit. Wie sieht der real existierende Islam in diesem Teil der Welt, wo Muslime die Mehrheit stellen, aus? Schauen wir uns dazu einige ernüchternde Fakten an:

- Demokratie und Islam gehen in der Welt von 2017 nur sehr selten zusammen. Von den 47 unabhängigen, mehrheitlich islamischen Staaten der Welt sind nur zwei (4 Prozent) – Senegal und Tunesien – freie Demokratien; unter den nicht islamischen Staaten stellen dagegen heutzutage freie Demokratien die Mehrheit (57 Prozent)¹;
- Freie Meinungsäußerung und freie Berichterstattung sind in der islamischen Welt ebenfalls Mangelware. Nach Angaben der internationalen Journalistenorganisation Reporters Without Borders ist es in 71 Prozent der islamischen Länder um die Pressefreiheit schlecht bis sehr schlecht bestellt. Dies gilt jedoch in nur 36 Prozent der nicht islamischen Länder;
- In den meisten islamischen Ländern gibt es keine Trennung von Staat und Moschee. Daten der amerikanischen Religionssoziologen Brian Grim und Roger Finke zeigen, dass in 72 Prozent der islamischen Länder Staat und Religion eng miteinander verknüpft sind. Das Gleiche gilt jedoch in nur 19 Prozent der nicht islamischen Länder.²
- Trotz der geläufigen These, die Welt würde heutzutage von „Islamophobie“ heimgesucht, ist Glaubensverfolgung vor allem in islamischen Ländern weitverbreitet. Von den 24 Ländern der Welt, wo Apostasie (Glaubensabfall) strafbar ist, sind 23 islamisch – und in nicht wenigen davon steht auf Apostasie die Todesstrafe.³ Von den 30 Ländern mit der schwersten Verfolgung von religiösen Minderheiten sind 20 islamisch. Dazu gehören Saudi-Arabien und die Golfstaaten, Ägypten und Pakistan, aber auch weniger bekannte Fälle von Glaubensverfolgung und extremer Glaubensdiskriminierung, wie die Komoren, das Sultanat Brunei oder die Malediven.⁴
- Dass es um die Gleichberechtigung der Frau in der islamischen Welt schlecht bestellt ist, ist leider kein Vorurteil von Islamophoben, sondern für hunderte Millionen von Frauen in islamischen Ländern eine harte tagtägliche Realität. Auf der Rangliste des World Economic Forum von Frauenrechten in 145 Ländern befinden sich 30 der 33 in der Liste vertretenen islamischen Länder in der unteren Hälfte.

¹ Siehe <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2016>

² Siehe <http://www.thearda.com/Archive/Files/Descriptions/IRFAGG.as>

³ Siehe <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/07/29/which-countries-still-outlaw-apostasy-and-blasphemy>

⁴ Siehe <http://www.thearda.com/ras/downloads>



Gespannte Zuhörer

- Die letzten 12 Plätze und insgesamt 17 der letzten 20 Plätze werden von islamischen Ländern besetzt.⁵ In 67 Prozent der islamischen Länder werden Frauen im Familienrecht schwer diskriminiert (beim Heiratsalter, elterlicher Macht, Sorgerecht, Erbrecht). Das Gleiche gilt in nur 14 Prozent der nicht islamischen Länder.⁶
- Sexuelle Gleichberechtigung? Alle 12 Länder der Welt, in denen auf Homosexualität die Todesstrafe steht, sind islamisch. Hinzu kommt der islamische Norden von Nigeria. Homosexualität ist illegal in zwei Dritteln der islamischen Länder, dagegen nur in einem Viertel der nicht islamischen Länder.⁷
 - Islam ist Frieden? Davon ist heutzutage wenig zu merken. In 2015 wüteten weltweit in 30 Ländern Bürgerkriege: In 16 mehrheitlich islamischen Staaten (etwa Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan, Mali) kämpften islamische Glaubensgruppen oder Muslime unterschiedlicher Ethnizität gegeneinander. Weitere 10 nicht mehrheitlich islamische Staaten haben mit radikal-islamischen Aufständischen zu kämpfen (etwa Nigeria, Kenia, Indien, Thailand oder die Philippinen). Weltweit gab es 2015 nur vier Bürgerkriege (Burundi, Kolumbien, Süd-Sudan und Ukraine) ohne muslimische Beteiligung.⁸

⁵ Siehe <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2015>

⁶ Siehe <https://www.genderindex.org/data/#discriminatory-family-code>

⁷ Siehe <http://ilga.org/what-we-do/maps-sexual-orientation-laws>

⁸ Siehe <https://www.prio.org/Data/Armed-Conflict/UCDP-PRIO>

Wir können also schlussfolgern, dass der Islam so, wie er in 2017 mehrheitlich in der islamischen Welt existiert, keineswegs zu Deutschland oder zu Europa und seinen Werten passt. Demokratie, Toleranz, Respekt für Minderheiten, freiheitliche Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und die friedliche Austragung von Konflikten sind in der islamischen Welt leider seltene Erscheinungen.

Vertreten die islamischen Organisationen Werte, die zu Deutschland gehören?

Islamische Organisationen in Deutschland

Schauen wir jetzt auf die zweite Ebene, die der islamischen Organisationen in Deutschland. Vertreten diese Organisationen Werte, die zu Deutschland gehören? Hören wir uns eine Predigt mit dem Titel „Der hohe Rang bei Allah: Das Märtyrertum“ an, die 2014 in deutschen Moscheen verlesen wurde: „Keiner, der das Paradies betritt, möchte zurück auf die Erde ... Nur der Schahid [Märtyrer; RK], er möchte wieder zurück und wieder den Märtyrertod sterben, wenn er sieht, welches Ansehen und welchen Rang er hier im Paradies genießt. Diese Frohbotschaft war es, die unseren Propheten (saw) und seine Gefährten und später auch unsere Vorfahren beseelten und sie von einer zur nächsten Front trieben, um diesen hohen Rang zu erreichen. Rein für den Weg Allahs, um Seinen Namen zu verbreiten. Für das Land und die Landsleute.“⁹ Dieses Zitat stammt nicht aus einer finsternen salafistischen Hinterhofmoschee. Sie wurde bundesweit in den Moscheen der größten deutschen muslimischen Organisation – DITIB, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion – verlesen.

DITIB ist direkt der türkischen Religionsbehörde unterstellt, ihr Vorsitzender ist der türkische Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten, ihre Predigten werden zentral festgelegt und von Imamen verlesen, die aus der Türkei nach Deutschland geschickt werden und vom türkischen Staat bezahlt werden. Kein Wunder, dass mit dem „Land“ und den „Landsleuten“, von denen im obigen Zitat die Rede ist, nicht Deutschland und die Deutschen, sondern die Türkei und die Türken gemeint sind. Kein Zweifel lässt daran die DITIB-Predigt „Heimatliebe“ aus dem März 2016 (also noch aus der Zeit vor dem misslungenen Putsch in der Türkei): „Mit Hilfe des erhabenen Allahs haben unsere Vorfahren Anatolien zur Heimat für unser Volk gemacht

⁹ http://www.ditib.de/detail_predigt1.php?id=173&lang=de

und dieses Land ... um Kopf und Kragen verteidigt. Kein Volk gibt es ohne Heimat; und ohne Volk gibt es keinen Staat. Als Gemeinschaft ist es heute unsere Aufgabe, die Erinnerung unserer geehrten Märtyrer lebendig zu halten, die uns unsere Heimat als Erbe hinterlassen haben. Denjenigen, die unsere Geschwisterlichkeit, unsere Einheit und Eintracht zerrütten möchten, dürfen wir keineswegs Gelegenheit geben, Zwietracht, Unruhe und Zwistkeime zwischen uns einzusäen.“ Gehört eine Organisation, die einen türkischen Blut-und-Boden-Nationalismus von der Kanzel predigt, zu Deutschland?

Setzen wir unsere Reise durch die islamische Organisationslandschaft in Deutschland mit der nach Mitgliederzahlen zweitstärksten islamischen Organisation in Deutschland fort, der ebenfalls türkisch-nationalistisch geprägten Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs. Die Organisation wird seit langen Jahren vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und dem islamistischen Spektrum zugeordnet. Auch wenn im letzten Verfassungsschutzbericht ein „schwächer werdender Extremismusbezug“ festgestellt wird, sind die Verbindungen zu extremistischen Teilen der Milli-Görüs-Bewegung nach wie vor stark; zum Beispiel zum Sprachrohr der Bewegung, der Zeitung „Millî Gazete“, in der Antisemitismus laut Verfassungsschutzbericht zum guten Ton gehört: „Die Juden – so die ‚Millî Görüş‘-Ideologie – würden den ‚gottlosen Westen‘ und den größten Teil der Welt beherrschen. Sie seien hinter den Kulissen agierende Führer der herrschenden unislamischen, tyrannischen und ‚nichtigen‘ Ordnung und damit ewige Gegner des Islam.“¹⁰

Klein, aber präsent in der öffentlichen Debatte

Die dritte wichtige islamische Organisation, die ich kurz besprechen möchte, ist der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Anders als sein strategisch an den Zentralrat der Juden in Deutschland angelehnter Name vorgeben will, vertritt der Zentralrat nur eine kleine Minderheit der deutschen Muslime. Dafür ist die Organisation aber umso präsenter in der öffentlichen Debatte. Das hat sie vor allem ihrem Sprecher Aiman Mazyek zu verdanken, der als Deutschlands bekanntester muslimischer Vertreter immer wieder in den Medien und auf politischen Veranstaltungen zu sehen ist. Gewalttaten im Namen des Islam verurteilt er unmissverständlich und er ruft Muslime zu Verfassungstreue auf. Es mag sein, dass er das persönlich auch so

¹⁰ Verfassungsschutzbericht 2016, S. 185



Jeder Platz war besetzt: Blick in das Atrium der Deutschen Bank AG in Berlin-Mitte

meint. Aber Mazyek genießt seine öffentliche Aufmerksamkeit nicht als Einzelperson, sondern als Sprecher einer Organisation. Und diese Organisation vertritt zum Teil ganz andere Positionen.

Zu den Mitgliedsorganisationen des Zentralrates gehört zum Beispiel die vom Verfassungsschutz beobachtete „Islamische Gemeinschaft Deutschland“, der deutsche Ableger der Muslimbruderschaft. Ebenfalls Mitglied und vom Verfassungsschutz beobachtet: das Islamische Zentrum Hamburg, deutsches Sprachrohr des schiitisch-fundamentalistischen Regimes in Iran und regelmäßiger Teilnehmer an den jährlichen antisemitischen „Al Quds“-Demonstrationen. Die größte Mitgliedsorganisation des Zentralrates – ATIB, die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa – gehört zum türkisch-nationalistischen Spektrum und bezieht, wie DITIB, Imame direkt von der Religionsbehörde aus der Türkei. Anlässlich der Resolution des Bundestags von 2016, in der der Völkermord an den Armeniern

während des Ersten Weltkrieges verurteilt wurde, äußerte sich ATIB empört: „Wir sind entsetzt darüber, dass der Deutsche Bundestag sich dazu hergeben konnte, am 2.06.2016 gegen das Türkische Volk und deren Vergangenheit eine Entscheidung zu treffen, die noch nicht einmal historisch untermauert ist und einzig und allein auf Verleumdungen und Lügen basiert. Wer hat Ihnen das Recht gegeben, über das Türkische Volk ein Urteil zu fällen?“ Solange der Zentralrat und sein Sprecher Aiman Mazyek sich von verfassungsfeindlichen, antisemitischen und türkisch-nationalistischen Extremisten in den eigenen Reihen nicht lösen, klingen ihre Bekenntnisse zur Toleranz und zum Grundgesetz hohl. So lange kann auch der Zentralrat der Muslime in Deutschland keinen Anspruch darauf erheben, eine Vertretung der Muslime zu sein, die „zu Deutschland gehört“.

Glaubensauffassungen und religiöse Toleranz der in Deutschland lebenden Muslime

Was ist nun schließlich mit den etwa vier Millionen in Deutschland lebenden Muslimen? Gehören sie zu Deutschland? Natürlich tun sie das als Einwohner und viele von ihnen auch als deutsche Staatsangehörige. Natürlich genießen sie die Glaubens- und Meinungsfreiheit genauso wie jeder andere Einwohner Deutschlands. Aber darum kann es bei der These „Der Islam gehört zu Deutschland“ nicht gehen. Wenn es so gemeint wäre, hätte man sagen müssen, „unsere muslimischen Mitbürger gehören zu Deutschland“ oder „die Glaubensfreiheit gilt in diesem Land auch für Muslime“ – das sollte man auch sagen, aber es hätte kein weiteres Aufsehen erregt oder eine Kontroverse ausgelöst. Wenn wir aber die Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ auf der Ebene der individuellen Gläubigen beantworten wollen, müssen wir uns mit den Glaubensauffassungen der hier lebenden Muslime auseinandersetzen. Wie sehen sie ihren Glauben und wie stehen sie Andersgläubigen gegenüber? Stehen sie in dieser Hinsicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft nah oder ähneln sie in ihren Auffassungen den Menschen in ihren Herkunftsländern? Ich möchte diese Fragen exemplarisch anhand der türkisch-muslimischen Bevölkerungsgruppe beantworten, da diese erstens die Mehrheit der deutschen Muslime bildet und für sie zweitens aus einer aktuellen WZB-Studie Daten vorliegen, die sowohl Vergleiche mit Christen in Deutschland als auch mit in der Türkei lebenden Muslimen ermöglichen.

Von den in Deutschland lebenden türkischstämmigen Muslimen vertraten in der in 2016 durchgeführten Umfrage 62 Prozent die zu einem fundamentalistischen Glaubensbild gehörende Meinung, dass es nur eine, für alle Gläubigen bindende

Auslegung des Islam geben kann; 69 Prozent meinten, der Islam sei anderen Religionen überlegen und 67 Prozent waren der Auffassung, dass Filme und Bücher, die die Gefühle religiöser Menschen verletzen, verboten werden sollten. Unter den in Deutschland lebenden Christen – mit und ohne Migrationshintergrund – sind derartige intolerante und anti-pluralistische Glaubensauffassungen auf eine kleine Minderheit zwischen 16 und 20 Prozent begrenzt. Dagegen sind die Zahlen für die Deutschtürken fast identisch mit denen, die wir gleichzeitig in einer Umfrage in der Türkei erhoben haben.

Unterschiedliche Gedankenwelten am Beispiel des 11. Septembers 2001

Ähnliches gilt für Toleranz gegenüber Andersgläubigen: Gut 60 Prozent der Deutschtürken haben eine negative Meinung über Juden, Atheisten, Glaubensabfällige und Konvertiten. Über Christen denken 35 Prozent negativ. Wobei dies auch der einzige Punkt ist, in dem sich die Deutschtürken wesentlich von den Türken in der Türkei unterscheiden: Dort haben zwei Drittel eine negative Meinung über Christen. Das wird wohl damit zu tun haben, dass die Deutschtürken bei Christen vor allem an Deutsche und die türkischen Türken eher an Armenier und Griechen denken. Unter Christen in Deutschland ist ein weitaus geringeres Niveau von religiöser Intoleranz festzustellen: Sogar zur vergleichsweise unbeliebtesten Gruppe, den Muslimen, haben nur 15 Prozent eine negative Meinung.

Wie unterschiedlich die Gedankenwelten sind, in denen Muslime und Nicht-Muslime leben, wird auch klar, wenn wir die Antworten auf die Frage betrachten, wer nach Auffassung der Befragten hinter den Anschlägen des 11. Septembers 2001 gegen das World Trade Center und das Pentagon steckt. Nur 24 Prozent der Deutschtürken glauben, dass die richtige Antwort Al Qaida lautet. Die anderen drei Viertel hängen Verschwörungstheorien an, nach denen die USA selbst oder Israel die eigentlichen Drahtzieher sind. Auch unter den nicht muslimischen Deutschen gibt es Anhänger solcher Verschwörungstheorien, aber sie sind mit 20 Prozent eine kleine Minderheit.

Die Auffassungen der in Deutschland lebenden türkischen Muslime stehen also denen der Türken in der Türkei um ein Vielfaches näher als denen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Auch auf der individuellen Ebene ist es, zumindest für einen wichtigen Teil der in Deutschland lebenden Muslime, deshalb keine haltbare

These, dass die Art und Weise, wie sie über ihr Glauben und über Andersgläubige denken, „zu Deutschland gehört“.

Schluss

Man kann natürlich dagegenhalten, wie es die Islam-Apologik standardmäßig tut, dass die Situation in den Ländern der islamischen Welt, die Organisationen, die für sich in Anspruch nehmen, die deutschen Muslime zu repräsentieren, sowie die Auffassungen vieler hier lebender Muslime mit dem wahren Islam nichts zu tun haben. Wir leben aber leider nicht in der Traumwelt dieses wahren, unbefleckten Islam, sondern in einer, in der wir uns mit dem real existierenden Islam auseinandersetzen müssen. Natürlich gibt es auch den „anderen Islam“, der versucht, intolerante Denkmuster aufzubrechen, den Glauben zu öffnen und zu reformieren und der sich glaubhaft gegen Fundamentalismus und religiöse Gewalt engagiert. Leider sind diese Strömungen bisher auf wenig Erfolg und sogar auf offene Ablehnung des Mainstreams des Islam gestoßen.

Da gibt es zum Beispiel den Liberal-Islamischen Bund (geschätzte Mitgliederzahl 250-300)¹¹ mit seiner aus den Medien bekannten Vertreterin Lamyia Kaddor. Kaddor war eine der treibenden Kräfte hinter einem Friedensmarsch gegen islamistische Gewalt in Köln am 17. Juni 2016. Leider wurde die Demonstration nicht zu einem Mobilisierungserfolg. Statt der erhofften 10.000 Teilnehmer kamen nur einige



Senatsmitglied Dr. Necla Kelek

¹¹ Siehe https://remid.de/info_zahlen/islam

Hundert. Das hatte wohl auch damit zu tun, dass sich Deutschlands größte muslimische Organisation, DITIB, zwei Tage vor der Demonstration unmissverständlich davon distanziert hatte: „Forderungen nach ‚muslimischen‘ Antiterror-Demos greifen zu kurz, stigmatisieren die Muslime und verengen den internationalen Terrorismus auf sie, ihre Gemeinden und Moscheen“, hieß es in einer Erklärung von DITIB. Den Organisatoren warf DITIB „öffentliche Vereinnahmung und Instrumentalisierung“ vor. Dem Islam, wie wir ihn gerne sehen möchten, wurden so vom real existierenden Islam die Grenzen aufgezeigt.

Es ist noch ein langer Weg zu gehen

Ähnliches geschah, als die türkischstämmige Rechtsanwältin und Autorin Seyran Ateş in Berlin die liberale Ibn-Rushd-Goethe-Moschee gründete, die sich unter anderem dadurch kennzeichnet, dass Frauen Vorbeterin sein und Männer und Frauen gemeinsam beten können.

Das sind unkonventionelle Ansichten und eine Massenbewegung wird die Moschee aller Voraussicht nach deshalb nicht hervorrufen. Auf der Eröffnungsveranstaltung waren gerade einmal 150 Menschen anwesend, inklusive geladener Gäste und Journalisten. Also, wen sollte es kümmern? Nun, manche konservative Muslime kümmerte es dermaßen, dass Ateş mehr als 100 Morddrohungen erhielt und unter Polizeischutz gestellt werden musste. Die kleine liberale Moschee im Berliner Stadtteil Moabit kümmerte auch die türkische Religionsbehörde Diyanet – die Mutterorganisation des DITIB – so sehr, dass sie eine Erklärung herausgab, in der sie Ateş und ihre Moschee als Handlanger der Gülen-Bewegung, die die Türkei als Terrororganisation (mit dem selbst erfundenen Namen „FETÖ“) einstuft, diffamierte: „Es ist offensichtlich, dass das ein Projekt des Religionsumbaus ist, das seit Jahren unter der Federführung von FETÖ und ähnlichen unheilvollen Organisationen durchgeführt wird.“

Sogar das ägyptische Fatwa-Amt, Dar Al-Ifta, gab eine Erklärung mit dem Titel „Nein zur Verletzung der religiösen Grundlagen – nein zur liberalen Moschee“ heraus, in der sie dem Gebetshaus die Anerkennung als Moschee absprach und die dort ausgesprochenen Gebete für ungültig erklärte. Die Tatsache, dass in manchen deutschen Moscheen Hass und Intoleranz gepredigt werden, war hingegen noch nie Anlass für Erklärungen der türkischen Religionsbehörde oder Fatwas aus Ägypten. Aber ein paar Dutzend Frauen und Männer, die gemeinsam beten und dies auch

noch unter Anleitung von einer kopftuchlosen Vorbeterin – dagegen melden sie sich lautstark zu Wort.

Es ist noch ein langer Weg zu gehen, bis der Mainstream des real existierenden Islam zu Deutschland gehören wird. Es muss aber unsere Bestrebung sein, dass dieser es irgendwann tun wird, schon ganz einfach deswegen, weil der Islam nicht mehr aus Deutschland verschwinden wird und wir also gar keine andere Wahl haben, als auf Dauer miteinander auszukommen. Um auf diesem Weg voranzukommen, ist die voreilige Botschaft „Der Islam gehört zu Deutschland“ alles andere als hilfreich. Sie erweckt nämlich den Eindruck, als sei der Islam selbst unproblematisch und das Hauptproblem wäre, dass Nicht-Muslime in Deutschland den Islam endlich als dazugehörig akzeptieren müssten. Anstatt ständig die Gebetsmühle der Islamophobie, der an allem Schuld haben soll, zu drehen, sollten muslimische Gemeinschaften, in Europa sowie auch in den muslimischen Ländern, besser selbstkritisch einsehen, dass in allererster Linie ein hohes Maß an Reformarbeit in den eigenen Reihen auf der Tagesordnung stehen muss. Dem sind sie nicht zuletzt auch gegenüber den vielen Muslimen – Frauen, Intellektuelle, Künstler, Homosexuelle, Anhänger von islamischen Minderheitsströmungen –, die täglich unter dem real existierenden Islam leiden, verpflichtet.

Podiumsdiskussion

Wesentliche Inhalte

Constantin Schreiber

Herr Arif, was bedeutet Deutschland für Sie?

Said Ahmed Arif

Deutschland ist für mich meine Heimat, das ist da, wo meine Erinnerungen sind und der Großteil meiner Kindheit verbracht wurde, deswegen ist es definitiv mein Heimatland.

Constantin Schreiber

In der Einführung war vom „Wir-Gefühl“ die Rede. In welcher Weise empfinden Sie das, wenn man auf Kultur, Geschichte, Tradition in Deutschland schaut? Wir haben bei der Begrüßung gesehen, dass Sie Frau Schröter nicht die Hand gegeben haben, weil es nicht Ihren Vorstellungen entspricht. Sehen Sie da Spannungsfelder?

Said Ahmed Arif

Es kommt darauf an, wie der andere es versteht und was die Absichten dahinter sind. Oft kennt man die Absichten nicht und interpretiert sie nur nach dem, was man selbst gehört hat. Daher sind Aufklärung und Verständigung besonders wichtig und deshalb bemühe ich mich um Erklärungen. Auch andere wie z. B. orthodoxe jüdische Rabbiner geben dem anderen Geschlecht nicht die Hand. Für mich ist das nicht irgendwie abwertend, sondern ein Ausdruck des Respekts, genauso wie man in der Kirche und in der Schule hier die Mütze absetzt, um Respekt zu erweisen. Wo ich die Möglichkeit habe, zeige ich meinen Respekt gegenüber dem Mitmenschen und gegenüber Gott, indem ich die Mütze aufsetze.

Constantin Schreiber

Frau Professor Schröter, in einer neueren Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Integration von Muslimen in Deutschland wurde Großbritannien als positives Beispiel für eine bessere Integration beschrieben, weil dort z. B. Polizistinnen Kopftücher tragen dürfen und viele Unternehmen Gebetszeiten für Muslime anbieten. Ist das für Sie ein nachahmenswertes Beispiel?

Susanne Schröter

Also, ich finde es ziemlich vermessen zu behaupten, dass es in Großbritannien gut läuft. Es gibt nämlich ganz andere Stimmen. Es gibt ein Buch der Islamwissenschaftlerin, Politikwissenschaftlerin Elham Manea aus dem Jemen, die gerade in Großbritannien eine Untersuchung gemacht hat zum Thema Integration von Muslimen, und ihr Befund ist erschütternd. Sie hat gesagt, es gibt dort in einigen Städten absolute Parallelgesellschaften, in denen die Scharia herrscht, und durchgesetzt wird. Dort ist in Schulen die Geschlechtertrennung Pflicht und dort geht auch kein nicht muslimischer Lehrer mehr rein, da gehen die Behörden nicht mehr rein, da patrouilliert tatsächlich Scharia-Polizei auf der Straße. Was hier in Wuppertal ja eher ein schlechter Scherz eines Salafisten war, ist dort tatsächlich Realität. Und sie sagt, diejenigen, die am meisten unter diesen Verhältnissen leiden, sind Frauen und Kinder, weil die Gewalttätigkeit enorm ist. Religiös legitimierte Gewalt gegen Frauen, gegen Mädchen und allgemein gegen Kinder. Der Befund dieser empirischen ethnografischen Studie in Großbritannien bedeutet für Deutschland: Wehret den Anfängen.

**Wenn man wissen will, was die deutsche Kultur ausmacht,
dann muss man ins Ausland fahren und schauen,
was dort alles anders ist als bei uns**

Richard Schröder

Constantin Schreiber

Herr Schröder, in der Integrationsdebatte geht es auch immer um die Frage, inwieweit von den Zuwanderern bestimmte traditionelle Werte angenommen werden sollen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hat in dem Kontext gesagt, jenseits der gemeinsamen Sprache gebe es keine deutsche Kultur. Wie beurteilen Sie so etwas?

Richard Schröder

Ich habe ihr empfohlen, sie solle mal nach Polen reisen oder von mir aus auch nach Frankreich und soll dort erklären, außer der französischen Sprache gebe es keine französische Kultur, und dann wollen wir mal sehen, was die Franzosen dazu sagen. Das ist Blödsinn.

Wir haben ja auch hier schon von unserem früheren Außenminister Fischer mal



Das Podium von l. n. r.: Prof. Dr. Richard Schröder, Prof. Dr. Susanne Schröter, Constantin Schreiber, Said Ahmed Arif, Prof. Dr. Bassam Tibi

gehört: „Deutsche Kultur, was soll denn das sein? Gehören die Beatles dazu oder nicht?“ Das sind Fangfragen, die an der Sache vorbeiführen. Wenn man wissen will, was die deutsche Kultur ausmacht, dann muss man ins Ausland fahren und schauen, was dort alles anders ist als bei uns, dann hat man eine Vorstellung von dem, was bei uns typisch ist. Man kann aber natürlich auch Syrer kommen lassen und sie fragen, sagt mal, was stößt euch denn hier zuerst auf, und wenn die dann sagen, na, bei euch wird am Sonntag überhaupt nicht gearbeitet, so was gibt es bei uns nicht, da erfährt man auch, was typisch deutsch ist. Das ist nirgends aufgeschrieben. Das sind Üblichkeiten. Wenn jemand sich Heiligabend benimmt wie Silvester, macht das Ärger, weil man von allen, die bei uns leben, verlangt, dass sie den Unterschied kennen: Silvester wird geknallt und Heiligabend nicht. Solche Üblichkeiten machen den einen Teil aus, und zum anderen sollte man vielleicht ungefähr wissen, was es mit den wichtigsten Straßennamen so auf sich hat, dann hat man auch eine gewisse Vorstellung von deutscher Geschichte und deutscher Kultur.

Constantin Schreiber

Herr Tibi, eben in dem Vortrag und auch in der öffentlichen Diskussion setzen wir uns sehr kritisch mit dem Thema Islam auseinander. Sind wir, was den Islam angeht, manchmal vielleicht zu kritisch? Erwarten wir da im Vergleich zu anderen Kulturen zu viel und schauen wir etwas zu genau hin?

Bassam Tibi

Anfang des Jahres bin ich vom Deutschlandfunk interviewt worden zu der Frage „Befürworten Sie einen Islamunterricht?“ Meine Antwort: Natürlich! Mit allen Mitteln, aber vor allem für deutsche Politiker und Kirchenträger. Die sprechen über den Islam, ohne Ahnung davon zu haben. Wir nennen das im Islam „jahel“, d. h. Unwissen und Ignoranz.

Es geht nicht um Bildungsfragen, sondern es geht darum, wenn man Politik macht, muss man vorher informiert sein.

In Deutschland leben nicht vier, sondern schon 6,5 Millionen Muslime mit einer Million Syrern, 3,5 Millionen Türken und einer halben Million Kurden.

Für Integrationspolitik muss man zunächst Wissen haben. Das hat man nicht, und im Islam ist das so schlimm wie ein Ungläubiger zu sein. Jede Anstrengung, Wissen über den Islam – und zwar im Sinne von Professor Koopmans, nicht über die Theologie des Islam, sondern über den hier real existierenden Islam – zu gewinnen und dieses Wissen zu verbreiten, wird hier mit political correctness verhindert. Das Problem ist nicht Kritik oder Toleranz, sondern bewusste Unwissenheit.

Constantin Schreiber

Herr Arif, Sie können hier ja nicht für alle muslimischen Gruppierungen sprechen, sondern nur für einen Ausschnitt. Das Händeschütteln habe ich als Beispiel dafür herausgepickt, dass sich Probleme mit der Mehrheit erst ergeben, wenn Dinge aufeinandertreffen, die von den Erwartungen her nicht kompatibel sind. Das gilt auch wie im Vortrag gehört für die Rechte von Minderheiten oder die Selbstbestimmung von Frauen.

Die Frage ist, was ist wichtiger? Wenn jemand sagt, ich möchte in einer bestimmten Weise in Deutschland leben, gilt dann das, was nach muslimischer Überzeugung richtig ist oder gilt dann das Recht in Deutschland? Zum Beispiel wenn ein Homosexueller beispielsweise, was ja nach dem muslimischen Glauben eine schwere Sünde ist, heiraten möchte oder wenn Frauen in der Moschee gemeinsam mit Männern beten möchten?

Die Erwartungshaltung gegenüber den Muslimen und möglichen Reformen ist sehr verzerrt

Said Ahmed Arif

Said Ahmed Arif

Mir scheint, dass die Erwartungshaltung der hiesigen Gesellschaft gegenüber den Muslimen und möglichen Reformen sehr verzerrt ist. Wenn ich von „Reform“ spreche oder von „liberal“, dann habe ich eine andere Vorstellung als das, was ich von anderen hier kennengelernt habe. Für mich bedeutet es keine Reform, wenn ich mich irgendwie von den Glaubenswurzeln des Islams entferne, sondern wenn ich wieder zurück zu den Wurzeln komme. Ich würde auch nicht wie im Vortrag vom real existierenden Islam sprechen, sondern vielleicht vom Zustand der muslimischen Welt.

Ich spreche ja auch von der christlichen Welt und nicht vom real existierenden Christentum, wenn ich z. B. von Waffenexporten oder gelagerten Atomwaffen spreche, weil ich weiß, dass das Christentum so was nicht lehrt.

Constantin Schreiber

Es würde viele Christen aber nicht stören, wenn Sie es täten.

Said Ahmed Arif

Ja, mich stört es ja auch nicht. Wir verleugnen ja auch nicht, dass es Missstände gibt. Wir sind aber der Auffassung, dass der Prophet selbst vorausgesagt hat, dass eine Zeit über den Islam kommen werde, wo vom Islam nichts mehr übrig bleibt als allein der Name und die Moscheen werden zwar voll sein, aber leer von Spiritualität und dass die Gelehrten die schlimmsten Kreaturen unter dem Firmament des Himmels sein werden, weil Unruhen von ihnen ausgehen werden.

Für mich ist das, was hier vorgetragen wurde, eigentlich eine Bestätigung für das, was der Prophet vorausgesagt hat. Natürlich hat er auch dazu eine Lösung vorausgesagt, und das ist die Reform. Aber nicht die Reform in dem Sinne, wie viele das verstehen, dass man so eine Distanz zur eigenen Religion entwickelt, sondern es ist eher eine Reform in dem Sinne, dass man zu den ursprünglichen Werten wieder zurückkommt.



Prof. Dr. Susanne Schröter

Susanne Schröter

Ich habe neulich mit einem Ihrer Mitbrüder eine Debatte geführt, da ging es auch um Reform, und es ging um Integration, und wir haben uns unterhalten über einen Koranvers, in dem die Gehorsamspflicht der Ehefrau unter ihren Ehemann festgeschrieben ist, und wenn sie nicht gehorsam ist, dann hat dieser Ehemann drei Möglichkeiten zu reagieren. Das erste ist die Ermahnung, das zweite ist die Meidung im Ehebett und das dritte ist das Schlagen der Ehefrau – dharaba. Und darüber haben wir uns unterhalten, und dann sagte er, Frau Schröter, schlagen meint doch nicht wirklich, dass sie ein blaues Auge kriegt; nur ein ganz bisschen. Und dann habe ich gesagt: Wissen Sie, genau das ist das Problem. Nach unserer Vorstellung geht weder ein bisschen, noch geht die Gehorsamspflicht für einen Teil in einer Ehe, sondern wir gehen von einer vollkommenen Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus und von einer Gewaltlosigkeit im häuslichen Bereich. Und da haben wir natürlich auch mit Ihren Ursprüngen ins 7. Jahrhundert durchaus ein Problem.



Prof. Dr. Bassam Tibi

Constantin Schreiber

Wenn eine Frau sagt, ich möchte jetzt inmitten der Männer beten, das geht in Deutschland bei Ihnen nicht.

Said Ahmed Arif

Nein, das geht nicht. Wir beten getrennt, ganz klar, das ist für uns sehr wichtig.

Constantin Schreiber

Da würde eine aufgeklärte deutsche Frau in Deutschland sagen, das beschneidet meine Freiheiten.

Said Ahmed Arif

Wenn sich jemand zu meiner Religionsgemeinde oder einer bestimmten Theologie bekennt und sie praktisch akzeptiert, wie kann er sich dann darüber beklagen? Wir haben eine gewisse Geschlechtertrennung, auch in den Gebetsräumen. Wir beten gemeinsam, aber separat, das kann in einem Raum sein, das kann in unterschiedlichen Räumen sein. Das ist die Art und Weise, wie wir das Gebet verrichten,

das sehr körperbetont ist. Wo ist das Problem, wenn man gemeinsam oder getrennt betet?

Ein Moslem, der nicht bereit ist, Grundaussagen des Islam neu zu durchdenken und den Islam zu historisieren, ist kein Reformier

Bassam Tibi

Bassam Tibi

Seit dem 19. Jahrhundert gibt es eine Islah, eine Reform, und es gibt eine Islah-Bewegung im Islam, zu der ich gehöre. Und es gibt eine Schule im Islam, unser Mentor war Professor an der Universität Rabat, AlJabri, und wir verstehen uns als islamische Reformier. Davon finde ich bei der Ahmadiyya keine Spur. Ich habe in Pakistan gelebt, und ich weiß, was Ahmadiyya ist. Ich bin Mitbegründer der Arabischen Organisation für Menschenrechte und auch für Religionsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes für die Ahmadiyya, aber Reformen finde ich dort nicht. Ich betrachte die Bewegung als konservativ und in ihren inneren Strukturen als autoritär.

Die Ahmadiyya-Anhänger glauben, dass der Begründer ihrer Bewegung ein nabi ist, ein Prophet. Es gibt aber nach islamischer Lehre außer Prophet Mohamed keine Propheten. Das wird von anderen als Ketzerei angesehen.

Ich akzeptiere Ihre Meinung, aber bitte sagen Sie nicht, das ist islamisch, und sprechen Sie nicht von Reform.

Im Koran gibt es zum Beispiel die Aussage, wenn eine Frau nicht gehorcht, schlage sie. Ich habe meine Frau nie geschlagen und muss mich mit diesem Koranvers auseinandersetzen. Es gibt 25 Stellen im Koran, die aufrufen, die Ungläubigen zu verfolgen und gewaltsam Kampf gegen sie zu führen. Daran glaube ich nicht und wir Reformmuslime versuchen, den Korantext zu historisieren und den Islam neu zu durchdenken. Ein Moslem, der nicht bereit ist, Grundaussagen des Islam neu zu durchdenken und den Islam zu historisieren, ist kein Reformier.

Constantin Schreiber

Herr Schröder, ist Islamophobie heutzutage aus Ihrer Sicht ein Problem in der aktuellen Diskussion?



Prof. Dr. Richard Schröder

Richard Schröder

Es trifft zu, dass Menschen jeden Moslem in Zusammenhang bringen mit Selbstmordattentaten. Es gibt eine Islamophobie, die nicht wahrnehmen will, dass das Spektrum der Muslime in Deutschland sehr breit ist.

Das kann man wohl sagen, aber der Vorwurf der Islamophobie wird regelmäßig auch gebraucht, um Kritik am Islam zu denunzieren. Und dagegen würde ich mich mit Händen und Füßen wehren. Es gibt eine Vielzahl von Punkten, bei denen islamische Lebenspraxis und islamische Überzeugungen auch zu Recht kritisiert werden. Und das darf man nicht als Islamophobie diskriminieren, sondern man muss sehen, wie man in diesen Punkten miteinander ins Gespräch kommt, wenn es denn überhaupt gelingt. Wir wollen uns da nichts vormachen. Es ist ja nicht so, dass zwischen den nicht muslimischen und muslimischen Bewohnern Deutschlands regelmäßig Gespräche über diese Themen stattfänden. Es gibt eine ganz mächtige Selbstisolierung von Muslimen; das wird ja auch durch Ihr Buch im Übrigen ziemlich deutlich, dass in den Moscheen vieles geschieht, von dem wir draußen gar nichts wissen. Es ist auch zutreffend, dass unter Christen und Pfarrern die Kenntnisse über den realen Islam mäßig sind.

Constantin Schreiber

Frau Schröder, es gibt ja so eine, sagen wir, interessante Verbindung linksliberaler politischer Strömungen mit einem konservativen Islam in Deutschland, eine Allianz, die ja erst mal widersprüchlich erscheint. Wie erklären Sie sich das?

Es gibt eine mächtige Selbstisolierung von Muslimen

Richard Schröder

Susanne Schröder

Das ist die Wirkmächtigkeit eines Opferdiskurses von Minderheiten.

Manche sagen, dass einem Teil der Linken das revolutionäre Subjekt abhanden gekommen ist, weil es jetzt zur AfD gegangen ist und man jetzt ein neues revolutionäres Subjekt sucht und da kapriziert man sich auf Minderheiten und folgt diesem muslimischen Opferdiskurs, alle Muslime seien angeblich von der rassistischen Mehrheitsgesellschaft unterdrückt.

Statt von Islamophobie sollte man übrigens von Islamfeindlichkeit sprechen. Die gibt es in der Tat bei einem Teil der Bevölkerung, aber keine Phobie, keine krankhafte Angst vor dem Islam.

Es gibt auch keinen allgemeinen Opferstatus. Muslime als die neuen Juden zu bezeichnen, ist eine haarsträubende Verharmlosung des Holocaust und des NS-Regimes, aber es wirkt bei einem Teil der Linken, die jetzt sagen, Migranten, Muslime, seien hier marginalisiert und in der Opferkategorie, also müssen wir uns vor sie stellen.

Keiner von denen guckt genau hin, mit wem man zusammenarbeitet. Ansonsten könnte ich mir kaum vorstellen, dass man mit Organisationen Allianzen schmiedet, die totalitäre Ideologien vertreten, in denen, wie Herr Koopmans es gerade ausgeführt hat, Minderheitenrechte, Frauenrechte, die Rechte Andersgläubiger mit Füßen getreten werden, die auch dazu noch von ausländischen Staaten abhängig sind. Da ist nicht nur die Türkei gemeint. Die Muslimbruderschaft wird aus dem Golf unterstützt, die iranischen Organisationen werden aus dem Iran unterstützt, wir haben hier vielfältige Einflüsse.

Das alles nicht zu sehen, ist vorsätzliche Blauäugigkeit. Man setzt sich bewusst nicht damit auseinander, mit wem man es gerade zu tun hat, sondern versucht paternalistisch, sich vor die angeblichen muslimischen Opfer zu stellen, was im Übrigen ja auch schon wieder eine rassistische Komponente hat, weil man gar nicht glaubt,

dass Muslime in der Lage sind, sich selbst hier Gehör zu verschaffen.

Constantin Schreiber

Warum setzt sich dann auch die regierende Politik mit solchen Organisationen an einen Tisch?

**Eigentlich müsste man den Propagandabegriff „Islamophobie“
aufgeben und durch Fremdenfeindlichkeit übersetzen**

Bassam Tibi

Bassam Tibi

Es gibt eine in New York erschienene kanadische Studie über Islamophobie, in der nachgewiesen wird, dass der Begriff Islamophobie Anfang der Achtzigerjahre im Iran entstanden ist, um jede Kritik an der islamischen Revolution im Iran zu verbieten. Das hat sich ausgebreitet. Eigentlich müsste man diesen Propagandabegriff aufgeben und durch Fremdenfeindlichkeit ersetzen. Muslime sind Fremde, und wenn man sie diskriminiert, dann ist das Fremdenfeindlichkeit.

Aber Muslime bestehen – ich bin Moslem – auf einer Sonderrolle. Ich bin in Damaskus so erzogen worden, dass der Westen und die Juden es auf uns abgesehen haben und dass wir Opfer der Juden und des Westens sind. Und diese Auffassung gibt es in Deutschland. Ich bin im Studium durch Adorno und Horkheimer davon befreit worden, aber man darf das Spiel nicht mitmachen. Islamophobie ist ein Propagandabegriff.

Constantin Schreiber

Vielleicht aus meiner eigenen Sicht noch mal ein Beitrag dazu. Nach der Veröffentlichung meines Buches gab es eine Reaktion vom Zentrum gegen Islamophobie, das irgendwie am Golf sitzt, und auf dem Index bin ich damit gelandet.

Susanne Schröter

Das ist ja fast eine Ehrenausszeichnung.

Constantin Schreiber

Ich war mir nicht sicher, wie ich das zu deuten habe. Aber ich bemühe mich darum,

tatsächlich auch die Perspektive zu wechseln, die andere Seite, weil ich glaube, nur so kann man ja auch gucken, wie das wechselseitig wahrgenommen wird, nachzuvollziehen. Wenn Sie sagen, es gibt nicht Islamophobie, aber Islamhass ...

Susanne Schröter

Islamfeindlichkeit, definitiv gibt es das.

Bassam Tibi

Warum nicht Fremdenfeindlichkeit?

Susanne Schröter

Ich würde es noch mal unterscheiden. Es gibt eine Haltung, der Islam ist das Böse, das wird zum Teil auf Plakaten herumgetragen, und das muss man selbstverständlich zurückweisen.

Constantin Schreiber

Herr Arif, wie nehmen Sie das wahr? Sie leben jetzt in Deutschland, setzen sich ja tatsächlich auch mit Leuten an einen Tisch, auf dem Podium, aber auch im Alltag. Würden Sie das selber so wahrnehmen? Tritt Ihnen der Hass entgegen?

**Die Opferrolle bringt nichts. Dann kann man nicht auf
Augenhöhe diskutieren. Da erreicht man niemanden.**

Said Ahmed Arif

Said Ahmed Arif

Die Opferrolle bringt nichts. Dann kann man nicht auf Augenhöhe diskutieren. Da erreicht man niemanden. Und obwohl unsere Gemeinde jetzt jahrzehntelang verfolgt wird, argumentieren wir damit nicht. Wir brauchen nicht in die Opferrolle zu steigen. Islamfeindlichkeit und Hass haben gerade die Frauen unter uns erfahren, wenn sie wegen des Kopftuchs bespuckt und angepöbelt werden. Auch meine eigene Frau hat das erlebt. Das gibt es, aber das ist nichts, woraus wir glauben, in irgendeiner Art und Weise Vorteile ziehen zu können oder zu müssen. Moralisch wäre das für uns gar nicht angemessen.

Es ist ein großes Problem, dass viele Muslime den Islam als eine Religion und gleichzeitig als eine Kultur ansehen

Richard Schröder

Constantin Schreiber

Haben solche Vorfälle aus Ihrer Sicht zugenommen?

Said Ahmed Arif

Ja, aber nicht in Bezug zu Terroranschlägen, sondern eher zu der Flüchtlingsthematik, die die Gemüter eher gereizt hat. Aber das ist halt sehr unterschiedlich von Ort zu Ort. Aber die Debatte ist ja gefühlt schon lange präsent, und das prägt sich natürlich auch in den Köpfen irgendwo ein. Man sieht eine Frau, die Kopftuch trägt, als Gefahr, und dann passiert es schon. Mehrere Gemeindemitglieder haben es schon erwähnt, dass das passiert.

Constantin Schreiber

Herr Schröder, wenn Sie mit Ihrer Lebenserfahrung jetzt ein wenig in die Zukunft schauen, was würden Sie sich denn wünschen, wie Integration mit Blick auf muslimische Zuwanderung in zehn, fünfzehn Jahren idealerweise aussieht? Wie kann das funktionieren?

Zuwanderer und Einheimische sollten doch sehen, dass wir nicht zu konfrontativ im Alltag miteinander umgehen

Susanne Schröter

Richard Schröder

Was wir uns alle sicher wünschen, ist, dass sich die Muslime in Deutschland als Deutsche verstehen, wenn es um die Frage geht, was ihr Vaterland ist, dass sie auch die deutsche Sprache als Muttersprache ansehen und den Islam als ihre Religion. Und dieses ist allerdings, wie wir alle wissen, für viele Muslime schon eine Zumutung, weil eigentlich der Islam den Anspruch auf alle Lebensbereiche erhebt. Und wir haben natürlich dann das große Problem, dass viele Muslime den Islam als eine Religion und gleichzeitig als eine Kultur ansehen, wobei die Frage, welche Elemente

dieser Kultur denn auch wirklich ihre Basis im Koran haben, noch mal eine andere Frage ist.

Viele Muslime nehmen die Gesamtheit dessen, was ihre Lebensregelungen zu Hause waren, als den Islam wahr. Und da hilft nun nichts: Wir müssen darauf bestehen, denken könnt ihr, was ihr wollt, es herrscht bei uns schließlich Meinungsfreiheit, aber handeln gegen unsere Gesetze dürft ihr nur, wenn ihr hinterher auch die Strafe akzeptiert. Und da kann man nicht mit dem Koran kommen. Es steht ja in der Bibel auch: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen, aber wir Christen wissen, wenn wir das machen, kommt es zum Konflikt, geht es ins Gefängnis. Man beansprucht mit dem Satz „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ nicht für irgendeine unserer Handlungen Straffreiheit, wenn sie mit dem Strafgesetz kollidieren. Und so genau müssen wir auch den Muslimen sagen, für euch gibt es keine Sonderrolle. Wenn ihr irgendetwas tut mit Berufung auf den Koran, was unseren Gesetzen widerspricht, kommt die Anzeige.

Constantin Schreiber

Ich will die These noch etwas steiler machen, weil es ja durchaus im politischen Diskurs häufig fällt: Ist es Religion oder ist es Ideologie, wenn man mit dem Islam zu tun hat?

Wir wollen nicht irgendeine Erwartungshaltung zufriedenstellen, wir wollen Gott zufriedenstellen

Said Ahmed Arif

Susanne Schröter

Wenn Sie mich fragen, was ich Muslimen rate, damit die Islamfeindlichkeit in Deutschland abnimmt, da würde ich zu zwei Dingen raten: Das eine wäre eine islamische Friedensbewegung gegen islamischen Extremismus. Da wäre die Islamfeindlichkeit sofort geschrumpft auf einen Minipromillebereich. Und das zweite wäre, mal den Versuch zu unternehmen, was ja säkulare Muslime teilweise ohnehin schon machen, zu trennen zwischen Spiritualität und der normativen Religion, der Gesetzesreligion. Da will ich gar nicht bis in den Strafgesetzbereich gehen, sondern ich kritisiere die unglaubliche Verregelung, die permanent Konflikte produziert: In der Schule diese unendlich vielen Konflikte, ob das Essen jetzt halal sein muss in der Kantine, dann das Handgeben, das auch in der Schule ein Konflikt ist, die

Verschleierung von kleinen Mädchen, der Schwimmunterricht, die Klassenfahrten, die Klassenarbeiten während des Ramadan, und so weiter und so fort, das führt natürlich dazu, dass Muslime im Alltag als Dauerärgernis wahrgenommen werden. Das muss nicht sein. Ich glaube, dass der Islam als spirituelle Religion viel zu bieten hat. Ich war häufig in Moscheen, ich war bei Gebeten in Moscheen, ich muss sagen, das gefällt mir sehr gut. Wenn dieser ganze Rattenschwanz an Normativem mal so ein bisschen auf die Seite gelegt würde und man sagen würde, das ist vielleicht in Deutschland nicht so wichtig, wir sind immerhin ein säkularer Staat, in der große Religionsfreiheit herrscht. Aber Zuwanderer und Einheimische sollten doch sehen, dass wir nicht zu konfrontativ im Alltag miteinander umgehen. Das schadet allen.

Said Ahmed Arif

Wir sind der Auffassung, dass der Koran dazu auffordert, Allah zu gehorchen, dem Propheten zu gehorchen, aber auch denen, die Befehlsgewalt haben. Ohne tief in die Theologie einzugehen, bedeutet das für uns auch, in dem Land, in dem wir leben, und so ist das für die Muslime überall auf der Welt, treu den Gesetzen gegenüber zu sein. Im Gedanken, mehr die Spiritualität und weniger das äußere Handeln zu betonen, erkenne ich einen völlig unterschiedlichen Bezug zur eigenen Religion. Der Islam wurde als vollkommene Religion offenbart und Gott ist meines Erachtens ein gutes und allweises und vollkommenes Wesen.

Bei dieser vollkommenen Religion, bei der Spiritualität, Handeln und Form Hand in Hand gehen, ähnlich wie bei einem Glas Wasser, das eine Form hat, aber zugleich auch Inhalt. Das ist nicht trennbar. Ich kann mir nicht nach eigenen Wünschen die Rosinen rauspicken oder raussuchen und das eine tun und das andere lassen.

Constantin Schreiber

Wenn ich das mal im Sinn von Frau Schröter vom Abstrakten auf den Alltag und den Schwimmunterricht für Mädchen herunterbreche: Kann man gläubige Muslima sein und trotzdem schwimmen? Bei den Essensregeln ist es ähnlich.

Said Ahmed Arif

Wir können den Schwimmunterricht gern als Beispiel nehmen. Natürlich vermittelt man die eigenen Werte möglichst auch den Kindern. Für uns spielen die Verschleierung oder das Kopftuch erst ab der Pubertät eine Rolle. Deshalb lernen die Kinder das Schwimmen vor der Pubertät und man sucht bei der Bekleidung nach praktischen Lösungen, um Konflikte zu vermeiden. Das Halal-Essen ist für uns außer



Said Ahmed Arif

Schweinefleisch und Alkohol grundsätzlich eigentlich kein Problem. Wir dürfen nur nicht das essen, worüber irgendwie im Namen von einem anderen Gott gesprochen wurde. Da gibt es ein Entgegenkommen, aber in bestimmten Dingen können wir nicht einfach die Religion als Teil unseres Lebens aufgeben. Wir wollen nicht irgendeine Erwartungshaltung zufriedenstellen, wir wollen Gott zufriedenstellen.

Susanne Schröter

Aber ein gewisser Pragmatismus wäre vielleicht nicht schlecht, indem Sie ausloten, wie weit Sie da auch nachgeben können.

Constantin Schreiber

Als Reaktion auf mein Buch hatte mir eine Lehrerin aus Köln geschrieben, in deren Klasse jetzt mehrheitlich muslimische Schüler sind, und die Eltern haben von der deutschen Lehrerin jetzt verlangt, dass sie sich jetzt bedeckt, weil das die Gefühle der mehrheitlich muslimischen Kinder verletzt.

Said Ahmed Arif
Wer hat das verlangt?

Herr Tibi, wie haben Sie die Entwicklung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland erlebt?

Constantin Schreiber

Constantin Schreiber

Die Eltern dieser muslimischen Kinder, also dass sich die alteingesessene deutsche Lehrerin ab jetzt „sittsam“ anzieht. Ich bringe das Beispiel an der Stelle, weil ich glaube, diesen Widerspruch zu verstehen ist wichtig, nämlich dass es eine individuelle Freiheit ist, Dinge zu tun, wie man will, aber mit einem Mal gibt es dann doch Situationen, in denen Druck ausgeübt wird.

Said Ahmed Arif

Richtig, irgendwo religiöse Regeln und religiöse Überzeugungen auf irgendeine Art und Weise aufzuzwingen oder aufzudrängen, ist absolut falsch, genauso falsch, wie es jemandem abzuzwingen.

Constantin Schreiber

Herr Tibi, jetzt sind Sie auch schon sehr lange hier und sind auch durchaus, wie ich eingangs schon sagte, sehr kritisch. Wie haben Sie die Entwicklung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland erlebt? Schreiten Reform und Öffnung voran oder geht das aus Ihrer Sicht eher zurück?

Bassam Tibi

Herr Said, wenn man den Koran zitiert, dann bitte richtig. Es heißt „und gehorcht denjenigen, die unter euch herrschen“. Und dann müssen Sie richtig interpretieren, nämlich dass ein Moslem nur einem islamischen Imam gehorcht.

Said Ahmed Arif

Soll ich das theologisch weiter ausführen?

Bassam Tibi

Nach dem Koran kann ich einem deutschen Bundespräsidenten oder einer deut-

schen Bundeskanzlerin nicht gehorchen. Ein Moslem ist verpflichtet, einem islamischen Imam zu gehorchen. Als ich das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse 1995 von Roman Herzog bekommen habe, habe ich es genommen und habe gesagt, Herr Bundespräsident, ich weiche vom Islam ab als Reformierender und anerkenne Sie als meinen Staatspräsidenten. Das darf ich nach der islamischen Theologie nicht tun. Und daher heißt Reform-Islam, viele islamische Vorschriften neu zu durchdenken, sonst klappt keine Integration.

Bei der Integration gibt es Probleme auf der islamischen Seite. Also, die islamische Religion, das ist kein Radikalismus, kein Islamismus. Die islamische Theologie trennt die Welt in Haus des Islam und Haus des Krieges. Und es gibt dazwischen Friedenszeiten und das Haus des Vertrages. Ein Moslem darf sich nur unter der Herrschaft eines islamischen Imam aufhalten, und man darf, das ist die alte Doktrin, man darf ins Haus der Ungläubigen temporär, aber nicht auf Dauer. Und jetzt leben wir Muslime hier auf Dauer. Das heißt, wir müssen diese Doktrin neu durchdenken, überlegen. Und es gibt Probleme auch auf der deutschen Seite. Ich war jetzt im September in Bischkek, habe in Kirgistan die Regierung beraten über Dschihadismus/Islamismus, das ist mein Gebiet, und als ich nach einem Monat in Zentralasien zurückkam nach Deutschland, worauf ich mich gefreut hatte, nimmt der Bundespolizist am Flughafen meinen deutschen Pass und fragt: Sprechen Sie Deutsch?

Integration heißt chance of cultural belonging. Amerika verleiht Identität, Deutschland nicht

Bassam Tibi

Das war die Begrüßung nach der Rückkehr aus Kirgistan. Sehen Sie, Integration heißt nicht Behausung, nicht Registrierung, nicht Alimentierung und auch nicht einen Pass, Integration heißt, wie man im Englischen, sagt chance of cultural belonging. Ich war Professor in Göttingen 37 Jahre, aber parallel war meine Karriere an der Harvard University 18 Jahre, und die letzten 15 Jahre in Cornell und Yale, und in Amerika fühlen sich die dort lebenden Muslime als Amerikaner und Religion spielt keine Rolle, weil es eine private Angelegenheit ist. Und warum? Weil Amerika Identität verleiht und in Deutschland gibt es keine Identität.

Vor einem Jahr war ich bei Anne Will in der Sendung, und ich habe gesagt, ich bin ein Deutscher. Sie hat gesagt, Sie sind ein Syrer. Und ich habe gesagt, nein, ich bin ein

Deutscher. Und da fragt sie, schämen Sie sich, dass Sie ein Syrer sind? Ich komme aus der Aristokratie von Damaskus, ich bin kein Gastarbeiter, und ich schäme mich nicht, Syrer zu sein, aber ich möchte deutscher Bürger sein, und deutscher Bürger sein heißt deutsche Identität. Und das ist der Grund, warum ich in der Deutschen Nationalstiftung bin. Ich denke, was Herr Reimers gesagt hat – und das ist aber nicht Realität, das ist ein Ziel – das, was er gesagt hat, muss zu einem politischen Programm werden, und solange das keine Realität ist, sage ich, ich bin Syrer und habe einen deutschen Pass, ich bin Ausländer und habe einen deutschen Pass, aber ich bin sehr stolz auf meinen deutschen Pass, weil mein deutscher Pass mir Schutz und Menschenrechte gewährt.

Constantin Schreiber

Ein flammendes Plädoyer an der Stelle, ich gebe nur kritisch zu bedenken, dass man in den USA ja nicht Frohe Weihnachten wünscht, sondern Season's Greetings.

Es gibt auch einen Aufbruch, nur ist die Frage, wie sehen die Kräfteverhältnisse aus?

Susanne Schröter

Bassam Tibi

Ich glaube, das ist falsch. Das ist ein islamistisches Argument. Säkularisierung heißt Entzauberung der Welt nach Max Weber und Trennung zwischen Religion und Politik. In meiner Wohnung bin ich ein Moslem, ich bete in meiner Wohnung oder in einer Moschee, aber wenn ich als Professor lehre, dann bin ich kein Moslem, sondern deutscher Beamter. 1987 war ich Professor in Khartum im Sudan und habe in einer Vorlesung vor 500 Leuten gesagt, die Deutschen haben sich gebessert, die Deutschen verstehen den Islam besser, sie stehen auf unserer Seite. Und dann kam der Dekan der Fakultät und hat mir gesagt, wenn die Deutschen den Islam verstehen, sind sie dann zum Islam übergetreten? Das ist die islamische Theologie. Islam ist die einzig richtige Religion. Wer den Islam versteht, tritt zum Islam über.

Wenn ich gesagt hätte, keiner meiner Studenten ist zum Islam übergetreten, hätten sie mich gesteinigt und in den Nil geworfen. Und dann habe ich Allah um Hilfe gebeten, und dann habe ich geantwortet, ich hätte sie nicht gezählt. Verständnis für den Islam als Übertritt zu interpretieren, ist nicht meine Auffassung.

Constantin Schreiber

Kommen wir zu der Frage, wie sich das in Deutschland verändert hat. Frau Schröter, gibt es eine Öffnung und eine Reform, oder wird es eher konservativ?

Susanne Schröter

Es gibt beides und das ist irritierend.

Auf der einen Seite stellen wir fest, dass gerade unter Jugendlichen der zweiten und dritten Generation Frömmigkeit in einer bedenklichen Form zunimmt, also nicht in einer spirituellen Form, sondern in regelorientierten Formen und einer bewusst nicht deutschen Identität junger Muslime, die hier geboren und aufgewachsen sind, die Deutsch als Heimatsprache sprechen und die sich jetzt plötzlich identitär als Muslime fühlen. Ahmad Mansour, ein Psychologe hier aus Berlin, nennt das Generation Allah, und das ist für ihn ein Krisenbefund, also ein Befund, der wirklich in die falsche Richtung geht. Auf der anderen Seite, das hat Herr Koopmans schon gesagt, gibt es hier so was wie die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee. Es gibt tatsächlich auch einen Aufbruch, nur ist die Frage, wie sehen die Kräfteverhältnisse aus? Was ist denn stärker?

Constantin Schreiber

Gibt es empirische Daten?

Susanne Schröter

Die gibt es nicht wirklich. Wenn man jetzt Umfragen macht, wie Herr Koopmans es ja tut, dann stellt man fest, diejenigen, die eher in eine intolerante, fundamentalistische Richtung gehen, sind verdammt viele, und das sehen wir ja auch bei den Organisationen. Ich weiß, die Politik sucht immer händeringend nach Alternativen zu den großen Verbänden, die ja diese ganzen Probleme haben, von denen Herr Koopmans sprach, und dann sagt man, es gebe doch die liberalen Verbände. Das sind aber irgendwie immer nur 10-Personen-Gruppen, also keine großen Organisationen, und das genau ist das Problem. Jetzt könnte man natürlich noch sagen, die meisten liberalen und säkularen Muslime organisieren und äußern sich nicht. Ich kann nur hoffen, dass das so ist. Wir wissen es aber nicht.

Wir sehen aber im organisierten Islam eine Entwicklung, die nicht unbedingt zum Guten geht. Auf der anderen Seite gibt es natürlich diese einzelnen, mutigen Leute, die auch ganz klar sagen, selbst bei Drohungen und unter Polizeischutz wollten sie versuchen, hier etwas zu ändern, weil sie hier ohne Verfolgung Experimente für

einen deutschen und einen europäischen Islam wagen könnten. Mit bleibt nur die Hoffnung, dass diese Richtung stärker wird.

**Wir können nicht korrekt sagen, was ein größerer Teil
der hier lebenden Muslime über Islam und Religion
in Deutschland denkt**

Richard Schröder

Constantin Schreiber

Herr Schröder, vielleicht zum Schluss ein Ausblick von Ihnen oder eine Hoffnung als jemand, der in der Deutschen Nationalstiftung tätig ist: Was kann Deutschland denn Muslimen bieten?

Richard Schröder

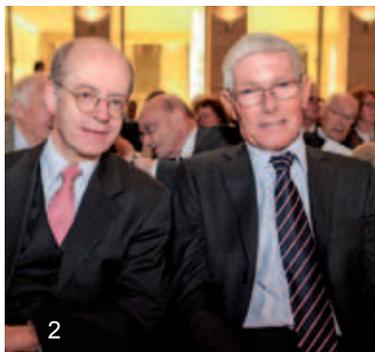
Es gibt hin und wieder Muslime, die sagen, wir möchten gar nicht, dass noch so viele zusätzlich aus unseren Heimatländern kommen, sonst wird es am Ende hier wie bei uns zu Hause. Die das sagen, haben verstanden, dass es in Deutschland was zu loben gibt, dass es Gründe gibt, lieber hier zu leben als zu Hause. Und auf die muss man setzen, dass sie das öfter und lauter sagen. Was ja des Schweißes der Edlen wert ist, ist die Frage, wie eine Organisation der Muslime in Deutschland aussehen könnte, die sich nicht vorrangig an den konservativen Moscheevereinen orientiert. Das ist eine Frage, die deshalb schwer zu beantworten ist, weil in der islamischen Welt so ein Analogon zur Kirchenmitgliedschaft nicht existiert. Da gibt es keine Taufe, da gibt es keinen Kircheneintritt und keinen Kirchenaustritt, den es übrigens ja in Deutschland auch erst seit dem 19. Jahrhundert gibt, und deswegen ist es eben auch so schwer, da ist das Wort von der schweigenden Mehrheit wahrscheinlich berechtigt. Und sie schweigt so, dass wir auch nicht korrekt sagen können, was ein größerer Teil der hier lebenden Muslime über Islam und Religion in Deutschland denkt.

Constantin Schreiber

Ich würde das jetzt fast als zusammenfassende Bemerkung der Diskussion stehen lassen, weil ich glaube, es spiegelt die Unsicherheit in dem Kontext, sowohl was die Gefühle als auch was die Datenlage angeht, ganz gut wider.



1



2



7



3



4



5



6

Nr. 1:
Kuratoriumsmitglied Dr. Michael Otto (links) und geschäftsführender Vorstand Dirk Reimers (rechts) mit Beate Hofmann von der Deutschen Bank

Nr. 2:
Senatsmitglied Dr. Nikolaus von Bomhard (rechts) mit Ehrensenator Dr. Ulrich Cartellieri

Nr. 3:
Fördervereinsmitglieder Bernd Stelter (links) und Dr. Björn Schubert (rechts)

Nr. 4:
Wahaj Bin Sajid, Asif Malik, Ehrensenator Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dr. Dawood Majoka, v.l.n.r.

Nr. 5:
Vorstandsmitglied Prof. Dr. Eckart Stratenschulte

Nr. 6:
Dr. Nikolaus von Bomhard mit den Kuratoriumsmitgliedern Dr. Michael Otto, Dr. Frank h.c. Weise und Prof. Dr. Michael Göring, v.l.n.r.

Nr. 7:
Constantin Schreiber, Prof. Dr. Richard Schröder, Dirk Reimers, Prof. Dr. Susanne Schröter und Said Ahmed Arif, v.l.n.r.

10 Thesen für ein weltoffenes Deutschland

Von Prof. Dr. Richard Schröder, Eva Quistorp, Gunter Weißgerber
Veröffentlicht in „Die Welt“ vom 14.10.2017



Richard Schröder, Philosoph und Theologe. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung. 1990 SPD-Fraktionschef in der DDR-Volkskammer und danach Mitglied des Bundestages. Eva Quistorp, Theologin und eine Mitgründerin der Grünen. Gunter Weißgerber, Ingenieur, Mitgründer der SPD in der DDR und für die Sozialdemokraten im Bundestag

THESE 1

Da der Migrationsdruck auf Europa vor allem durch den Geburtenüberschuss in Nahost, Mittelost und Afrika bedingt ist, wird er auf absehbare Zeit nicht abnehmen. Wenn wir Erfolge in der Bekämpfung des Hungers in Afrika erlangen, wird er sogar zunehmen, weil dann mehr Menschen sich die Reise nach Europa leisten können.

Hochrechnungen aufgrund von Befragungen haben ergeben, dass ca. 500 Millionen Menschen aus diesen Gegenden nach Europa kommen möchten, wenn sie könnten. Daraus ergibt sich zwingend, dass Europa die Immigration regulieren muss. **Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen.** Zudem verbreiten Schlepper illusionäre Erwartungen, die Enttäuschungen und Aggressionen programmieren.

THESE 2

Wir müssen klar unterscheiden zwischen drei Gruppen:

- a) Asylsuchende und Flüchtlinge gemäß Genfer Konvention. Sie sind individuell verfolgt aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe.
- b) Kriegsflüchtlinge, die der allgemeinen Kriegsgefahr wegen geflüchtet sind. Diese beiden Gruppen sollten in Europa für die Dauer der Gefahr Schutz finden. Wir finanzieren sie mit Steuergeldern, da es um ihr Leben geht.
- c) Einwanderer, auch Wirtschaftsflüchtlinge genannt, die zu uns kommen, um hier bessere Lebenschancen wahrzunehmen. Denen gegenüber dürfen wir Bedingungen stellen: dass sie von ihrer Berufstätigkeit leben können und den Sozialstaat nicht belasten; dass sie also einen Beruf erlernt haben, der auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachgefragt ist, und dass sie über gute Deutschkenntnisse verfügen. Für Einwanderer könnte man eine Obergrenze festlegen. Das wäre derzeit aber sinnlos, da trotz der vielen Flüchtlinge qualifizierte Einwanderer fehlen. Auch die Medien haben dazu beigetragen, dass diese Unterschiede verwischt werden.

Für die beiden ersten und für die dritte Gruppe sollten zwei verschiedene kooperierende Institutionen zuständig sein. Die die Einwanderung betreffenden gesetzlichen Bestimmungen sollten in einem Einwanderungsgesetz zusammengefasst werden.

Dann könnte auch dem Missstand begegnet werden, dass diejenigen, die in Wahrheit einwandern wollen, sich als Asylsuchende oder Flüchtlinge ausgeben und die Verfahrenswege bei Behörden und Gerichten verstopfen. Wenn Migranten gegenüber den Behörden ihre Identität verschleiern, muss das rechtsstaatlich geahndet werden.

Die Standards für die Aufnahme und Versorgung von Antragstellern müssen innerhalb der Europäischen Union angeglichen werden. Aufnahmezentren müssen endlich in ganz Europa humanitären Anforderungen entsprechen. Anreize, die außereuropäische Migranten aus anderen europäischen Ländern nach Deutschland locken, sollten abgebaut werden.

THESE 3

Vor dem Fall der Mauer mussten Flüchtlinge aus der DDR sich zunächst in eines der Aufnahmelager begeben, bis alle Formalien geklärt waren. Warum sollen Migranten von weiter her nicht auch zunächst in Aufnahmelagern unterkommen, bis geklärt ist, ob sie bleiben dürfen? Es ist zumutbar, dass Antragsteller zunächst in

ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt sind im Unterschied zu denen, denen ein Aufenthaltstitel bereits zugesprochen ist.

Der Staat muss Vorsorge treffen, dass seine Anordnungen auch durchgesetzt werden. Er ist berechtigt, zu verhindern, dass abgelehnte Asylbewerber untertauchen, also illegal im Lande bleiben – und irgendwann auch noch legalisiert werden. Dadurch macht sich der Staat lächerlich und darf sich nicht darüber beschweren, dass er von vielen Migranten nicht mehr ernst genommen wird. Sie denken dann: „Die Deutschen kann man leicht betrügen.“

THESE 4

Nach dem Fall der Mauer haben manche gemeint, nun eröffne sich die Möglichkeit einer Welt ohne Grenzen. In Wahrheit kann ein moderner Staat die in ihn gesetzten hohen Erwartungen ohne Grenzkontrollen gar nicht erfüllen.

Wenn zwischen Staaten die Grenzkontrollen aufgehoben werden wie in der EU, ist das sehr angenehm und erfreulich, hat aber unausweichlich zur Konsequenz, dass die Kontrollen an die Außengrenzen verlegt werden. Das ist bei Seegrenzen nicht ganz einfach. Bei völlig offenen Grenzen ist ein Sozialstaat unmöglich, denn das bedeutete: unbegrenzte Ausgaben bei begrenzten Einnahmen. Und das funktioniert nie.

Aber auch die soziale und innere Sicherheit sowie der Schutz vor Kriminalität sind nur möglich, wenn die entsprechenden Behörden wissen, wer sich im Lande aufhält.

Und auch diejenigen, die erklären, der homogene Nationalstaat habe ausgedient, haben zwar darin recht, dass Zuwanderung jetzt europaweit etwas Normales ist, aber trotzdem werden alle europäischen Staaten bei ihren Amts- und Verkehrssprachen bleiben, wie auch bei ihren nationalen Feier- und Gedenktagen und den schwer zu definierenden, aber umso hartnäckiger bestehenden nationalen Traditionen und Üblichkeiten.

Wenn ein Regierungsmitglied – und ausgerechnet die Integrationsbeauftragte – erklärt, außer der deutschen Sprache gebe es keine deutsche Kultur, sollten wir sie bitten, auch mal in Frankreich oder Polen lautstark zu behaupten, es gebe keine französische oder polnische Kultur. „Die Bestimmung unserer nationalen Identität dürfen wir nicht extremen politischen Kräften überlassen.“ (Helmut Schmidt)

THESE 5

Für die Wahrnehmung eines Grundrechts, wie etwa der Meinungsfreiheit, kann es keine Obergrenze geben. Dasselbe gilt für das Asylrecht. Es gibt aber bei der Auf-

nahme und Integration von Migranten Kapazitätsgrenzen. Diese Grenzen werden gewahrt, solange die Zuwanderung die üblichen Abläufe in öffentlichen Einrichtungen, Kitas, Schulen, Krankenhäusern, nicht stört oder gar zerstört.

Die Migrationswelle von 2015/16 hat diese Kapazitätsgrenze überschritten. Unsere staatlichen Institutionen und ihr Personal sind erheblich überfordert worden. Erst nach und nach werden Kommunen und Jobcenter davon betroffen. Denn erst nachdem Flüchtlinge in ihrem Status anerkannt sind, drängen sie auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Billige Wohnungen und Arbeitsplätze für niedrig Qualifizierte sind aber ohnehin knapp. Es gibt diejenigen Alteingesessenen mit und ohne Migrationshintergrund, die die Neuankömmlinge als Konkurrenten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt betrachten, und zwar nicht ganz zu Unrecht. Es ist abwegig und unanständig, sie deshalb als Nazis oder Rassisten zu beschimpfen.

Kapazitätsgrenzen können in Notsituationen überschritten werden, wie bei Naturkatastrophen oder Bürgerkriegen nebenan. Dafür bringt die Mehrheit Verständnis auf, wie wir beim wunderbaren, wenn auch vielleicht zunächst sehr naiven Willkommen 2015 erlebt haben.

Wenn aber die Überschreitung der Kapazitätsgrenzen unabsehbar oder „normal“ wird, führt das zu fatalen Reaktionen, nämlich zu entfesselten Ängsten, die sich in Fremdenhass transformieren, zu Nationalismus und Rassismus, bis hin zur Gefährdung der Demokratie.

Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir auf die Kapazitätsgrenzen achten. Der zusätzliche Personalbedarf in den Bereichen Kita, Schule, Sozialarbeit, Pflege, Gesundheit, Polizei muss endlich ehrlich beziffert werden. Kinder sollen nicht spüren, was sie kosten.

Erwachsene müssen bei allem, was sie ins Werk setzen, die Kosten bedenken. In allen Bereichen der Gesellschaft sind zudem entsprechende Weiterbildungen nötig. **Deutschland verträgt Zuwanderung gut – aber nicht übermäßig große Zuwanderung in kurzer Zeit. Das verträgt überhaupt kein Land dieser Erde gut.**

THESE 6

Familiennachzug. Kriegsflüchtlinge, die bei uns nur subsidiären Schutz finden, nämlich solange der Krieg sie an der Rückkehr in die Heimat hindert, haben derzeit keinen Anspruch auf Familienzusammenführung. Dagegen protestieren manche mit den Argumenten, das Grundgesetz und christliche Werte forderten den Schutz der Familie, und ohne Familiennachzug sei die Integration erschwert.

Letzteres ist empirisch widerlegt. **Mit dem Nachzug der Familie sinkt in der Regel die Integrationsbereitschaft.** Man lebt dann in Deutschland, aber wieder wie zu Hause. Entscheidend sollte sein, wo sich die Familie aufhält.

Befindet sie sich in einem sicheren Drittland nahe bei der Heimat, sollte die „Familienzusammenführung“ darin bestehen, dass der in Deutschland befindliche Migrant zu seiner Familie fahren kann und nicht umgekehrt. Dasselbe sollte für minderjährige unbegleitete Migranten gelten. Sie sollten ihren Eltern zugeführt werden, wenn diese bekannt und an einem sicheren Ort sind.

THESE 7

Angst vor Fremden ist per se weder rassistisch noch faschistisch. **Die Angst, fremd im eigenen Lande zu werden, geht sehr tief und erregt ungemein.** Diese Angst ist auch nicht unanständig. Aber zu prüfen ist immer, ob sie hier und jetzt berechtigt ist. Am größten ist die Angst vor Fremden dort, wo man kaum Erfahrungen mit Fremden hat. Viele sehen aber auch die sozialen Probleme von Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil und möchten diese Probleme nicht bei sich zu Hause haben. Aber Überfremdungsgängste wie die vor einer Islamisierung Deutschlands oder gar der Einführung der (strafrechtlichen) Scharia in Deutschland sind vollkommen abwegig. Wenn jedoch in einer Schulkasse in bestimmten Stadtteilen 80 Prozent der Schüler mangelhaft Deutsch sprechen, werden Alteingesessene ihr Kind in einer anderen Schule unterbringen.

Und in einigen Großstädten gibt es bereits Straßen und Viertel, in denen sich eine ethnische Parallelgesellschaft gebildet hat. Polizisten bekommen dann gesagt: Macht, dass ihr fortkommt, das hier ist unsere Straße!

THESE 8

Integration. Allgemein wird unterstellt, dass Zuwanderer sich integrieren wollen. Für Zuwanderer aus europäischen Ländern stimmt das auch, übrigens auch für Zuwanderer aus ostasiatischen Ländern. Für Zuwanderer aus islamischen Ländern gilt das nur bedingt. Bei Muslimen treten leider besonders häufig Integrationsprobleme auf.

Das hat verschiedene Gründe. Es gibt im Islam keine altherwürdige Tradition für das Leben in der Diaspora, als Minderheit also, und unter einer nicht islamischen Regierung. Und es gibt in der islamischen Welt zwar Reformbewegungen, die ähnlich wie die Reformation in Europa zum Ursprünglichen zurückkehren wollen, zu den Vorfahren (Salafisten), aber sie stoßen dabei nicht auf die Bergpredigt, sondern auf

die Worte eines Staatsgründers und Feldherrn.

Wahabisten lehnen eine Assimilation oder Integration in die europäische Welt und ihre Wertvorstellungen ausdrücklich ab. Das ist für junge Muslime sehr attraktiv und ein Einfallstor für Radikalisierungen. Es ist ein verbreiteter Missstand, dass solche Kritik am Islam oft als Islamophobie diskreditiert wird.

Typische Konfliktpunkte mit Muslimen, und zwar nicht nur den salafistischen, sind folgende: die Stellung zur Frau, zu den Juden, den Homosexuellen, denjenigen, die sich vom Islam abwenden (darauf steht die Todesstrafe), das Verhältnis von Staat und Religion sowie eine generelle Staatsverachtung zugunsten des Clans.

Ein großes Problem besteht darin, dass die Muslime in Deutschland bisher außerstande waren, eine gemeinsame Interessenvertretung zu installieren. Solche Organisationsformen haben im Islam keine Tradition. Dies hat aber zur Folge, dass andere Staaten, vornehmlich die Türkei und Saudi-Arabien, über Moscheen-Vereine, die sie finanzieren, ihre nationalistische Islamversion in Deutschland verbreiten, was die Entstehung eines europäischen Islams behindert.

THESE 9

Wenn in einem Parlament Fragen und Ängste, die viele Bürger bewegen, nicht angesprochen werden, artikulieren sie sich außerparlamentarisch. Es wird sich dann auch eine Partei finden oder gründen, die daraus für sich Honig saugt. Diese Partei wird als Newcomer unsortiert, chaotisch und zerstritten sein. Ihre zukünftige Stabilität ist ungewiss. Sie ist ein Denkmittel für die Beschöniger.

THESE 10

Es ist immer richtig, Fluchtursachen zu beseitigen und Kriege zu beenden. Wir müssen uns allerdings vor Illusionen hüten. **Weder Deutschland noch Europa können ohne Weiteres einen Bürgerkrieg beenden.** Größere Chancen haben die Förderung nachhaltiger Entwicklung, Bildungsoffensiven, die Förderung von Frauenrechten und die Stärkung der Zivilgesellschaften gegen einheimische Korruption und autokratische Regime. Aber das alles sind langfristige Projekte, die in den nächsten Jahren noch keine Wirkung zeigen können.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

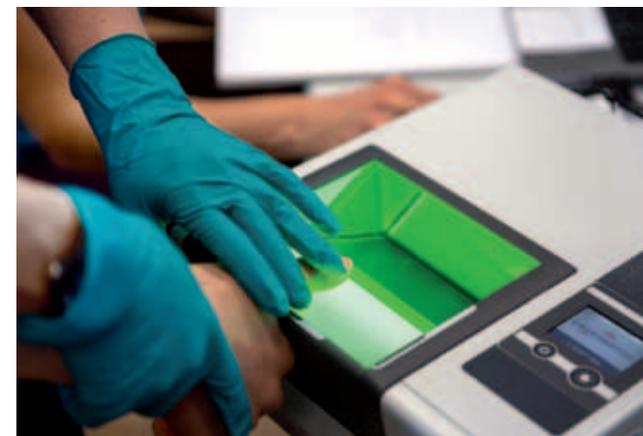
Von Prof. Dr. Richard Schröder

Erstmalig veröffentlicht im Januar 2017

Jede sozialpolitische Maßnahme, die Hilfsbedürftige unterstützen soll, ruft auch diejenigen auf den Plan, die sie für sich zu nutzen versuchen, obwohl sie ihnen nicht zgedacht ist. Das kann auch legal geschehen, indem man sich hilfsbedürftig macht. Wenn die staatliche Unterstützung alleinstehender Mütter massiv erhöht wird, wird die Zahl alleinstehender Mütter mit Sicherheit anwachsen. Zu den alleinstehenden Müttern aus Schicksal gesellen sich dann die alleinstehenden Mütter aus Absicht. Denn die Selbstachtung, die derartige Erschleichungen verachtet, ist nicht jedem gegeben. Es ist eine sehr schwierige und unabschließbare Aufgabe, die einen von den anderen zu unterscheiden. Die Bedingungen für staatliche soziale Hilfe müssen deshalb immer wieder daraufhin überprüft werden, ob sie wirklich so formuliert sind, dass sie den Bedürftigen nichts Notwendiges vorenthalten, aber die Instrumentalisierung zum Zweck der Vorteilsnahme ausschließen. Da Behörden niemandem ins Herz schauen können und das außerdem in einem Rechtsstaat gar nicht versuchen dürfen, sind sie damit vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt und müssen erheblichen bürokratischen Aufwand betreiben, den wir ihnen deshalb nicht vorwerfen sollten. Der Schutz der Privatsphäre soll ja nicht den Schutz des Betrugs einschließen.

In diesem Jahr ist die Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) allgemein angestiegen. Das Bundesamt für Migration nennt folgende Zahlen. 2014: 4.300; 2015: 14.436; 2016 (bis 31.10.): 50.373. Das ist eine Verzehnfachung in zwei Jahren. Wenn wir das auf weitere zwei Jahre hochrechnen, hätten wir 2018 eine halbe Million zu erwarten. Diese Hochrechnung ist sehr fragwürdig, aber auch eine Verdopplung im nächsten Jahr wäre schwer zu verkraften. Der Anstieg von 2014 zu 2015 kann wohl durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen erklärt werden. Wichtig wäre hier zu wissen, ob dabei der prozentuale Anteil unbegleiteter Flüchtlinge an der Gesamtzahl der Flüchtlinge gestiegen ist. Dazu konnte ich keine Angaben im Internet finden. Aber genau diese Angabe brauchten wir, um beurteilen zu können, ob unsere Regelungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge etwa inzwischen instrumentalisiert oder eben: missbraucht werden.

Minderjährige Flüchtlinge werden nicht abgeschoben, auch dann nicht, wenn sie die Bedingungen des Flüchtlingsstatus, nämlich individuelle Verfolgung, gar nicht



Handabdruckscanner in einer
Registrierungsstelle

erfüllen. Wenn sie ihn erfüllen, können die Familienangehörigen ersten Grades (Eltern und Geschwister) beantragen, auf dem Wege des Familiennachzugs legal nach Deutschland einzureisen, auch wenn sie weder jene Bedingungen für Flüchtlinge erfüllen noch die für Einwanderer, nämlich für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Der Steuerzahler finanziert sie, bis sie sich selbst ernähren können. Die diesbezüglichen Schätzungen besagen, dass die Hälfte in fünf bis zehn Jahren sich selbst ernähren kann, die andere Hälfte muss noch länger von Steuergeldern leben. Da kommen schnell 100.000 Euro als Vorleistung zusammen, die die Betroffenen über Steuern und Sozialabgaben nie werden aufwiegen können. Ich stelle das hier nur fest, um denjenigen zu widersprechen, die uns einreden wollen, die Aufnahme von möglichst vielen Flüchtlingen sei für uns ein wirtschaftlicher Gewinn. Wir zahlen drauf. Warum auch nicht. Für Nothilfe können wir auch gern draufzahlen, aber nicht ebenso für Wohlfahrtshilfe, denn das wäre ein Fass ohne Boden und könnte am Ende zulasten der Nothilfe gehen.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die die Bedingungen des Flüchtlingsstatus nicht erfüllen, weil sie in ihrer Heimat gar nicht individuell verfolgt werden, bekommen den subsidiären Status. Dann dürfen die Verwandten ersten Grades erst nach zwei Jahren den Nachzug beantragen. Nehmen wir an, dass die UMF jeweils drei Geschwister haben, was bei Arabern und Afghanen keine realitätsferne Annahme ist, dann werden in den nächsten zwei Jahren allein die diesjährigen 50.000 UMF weitere 250.000 Zuzugsberechtigte generieren, ganz unabhängig von denen, die ohnehin kommen. Und diese Viertelmillion wird einen Anspruch auf Zuzug haben,

auch wenn sie gar nicht verfolgt oder bedroht werden.

Über Geld spricht man nicht, wenn's um Lebensrettung geht, heißt es. Es muss aber nun einmal in dieser Welt alles von irgendjemandem bezahlt werden. Und wenn der Steuerzahler zahlen soll, muss man ihn doch wohl auch davon unterrichten, wohin seine Steuern gehen.

Ein UMF kostet pro Monat ca. 5.000 Euro, denn er muss ja rundum betreut werden, eben weil er unmündig und charakterlich noch ungefestigt ist. Das macht im Jahr 60.000 Euro. Für die 50.000 UMF dieses Jahres werden wir also schlicht drei Milliarden aufbringen müssen. Das verkraften wir spielend, da die Konjunktur gerade



Junge Flüchtlinge beim Interview zur Registrierung

vorzüglich läuft. Eine Zukunftsgarantie dafür haben wir allerdings nicht. Weitere Milliarden wird der Familiennachzug der nächsten Jahre kosten. Wahrscheinlich ist das Geld gar nicht das Hauptproblem, obwohl Landkreise und Kommunen bereits ächzen. Es ist wohl das Problem, dass sich der sprunghaft steigende Bedarf an Erziehern, Lehrern, Ausbildern nicht decken lässt. Defizite in der Betreuung werden aber das Wichtigste, die Integration, gefährden. Ob diese Lücke durch Ehrenamtliche geschlossen werden kann, möchte ich eher bezweifeln.

Heranwachsende im Alter von 15 bis 18 Jahren durchleben eine unruhige Phase der Selbstfindung. Wenn sie in dieser Zeit aus einer autoritär-patriarchalen Gesellschaft mit starker gesellschaftlicher Verhaltenskontrolle (religiöse inbegriffen) in

eine liberale Gesellschaft wie die unsere versetzt werden, können sie leicht dem Fehlschluss aufsitzen, hier sei alles erlaubt, zumal in arabischen Ländern Staatsverachtung normal ist, aufgrund von Erfahrungen – leider. Dazu kommt die Tatsache, dass eine unbekannte Zahl von UMF sich der Betreuung durch die Jugendämter entzogen hat. Sie gehören zu den öfters als Rätsel erwähnten jugendlichen Migranten, die nach der (oberflächlichen) Ersterfassung nun unauffindbar sind. Manche mögen bei Verwandten untergekommen sein. Aus Hamburg wurde 2014 berichtet, dass es dort bereits Banden von UMF gebe und deren Anteil an den jugendlichen Intensivtätern überproportional hoch sei (15 Prozent). Das ist kein Generalverdacht, sondern eine quantifizierende Aussage. Die ständig wiederholte Beschwichtigung, bei jugendlichen Migranten sei die Kriminalitätsrate nicht höher als bei jugendlichen Alteingesessenen, glaube ich gern. Da werden ja polnische, tschechische, portugiesische, vietnamesische Jugendliche mit eingerechnet, die tatsächlich in der Kriminalitätsstatistik nicht auffallen. Hier interessiert aber die Frage, ob auch bei den UMF aus arabischen Ländern und aus Afghanistan keine auffälligen Befunde zu melden sind. Mich würde das freuen, aber doch auch sehr verwundern. Ich halte es für unwahrscheinlich. Wenn die Anzahl in den kommenden Jahren relevant weiter steigt, werden wir uns auf einen Zuwachs unbetreuter UMF einstellen müssen. Die werden sich notgedrungen durch Kleinkriminalität und organisiert in Jugendbanden durchs Leben schlagen und schwer zu resozialisieren sein – vielleicht nicht ganz so schwer wie Kindersoldaten in den einschlägigen Ländern, aber das ist ein sehr schwacher Trost.

Die erste Konsequenz aus dem Dargelegten sollte sein: Wir müssen versuchen, zwischen unbegleiteten minderjährigen Migranten aus Schicksal und solchen aus Absicht der Eltern zu unterscheiden. Die Ersteren haben ihre Eltern oder die Verbindung zu ihren Eltern verloren und müssen von uns ohne jedes Wenn und Aber betreut werden, wie das die geltenden Regelungen ja auch vorsehen. Die anderen sind von ihren Eltern vorgeschickt, um ihnen, den Eltern, eine Einreise nach Deutschland zu ermöglichen, obwohl sie weder die Bedingungen eines Flüchtlings noch die eines Einwanderers erfüllen. Das ist für sie fast wie ein Fünfer im Lotto, und ich will den Wunsch nicht moralisch diskreditieren. Allerdings würde ich persönlich niemals mein Kind allein einer Gefahr aussetzen, damit ich danach gefahrlos nachkommen kann. Dies halte ich für moralisch verwerflich und ich bin nicht bereit, bei Migranten diesen Maßstab außer Kraft zu setzen, weil sie es doch so schwer haben. Wie kann man denn die einen von den anderen unterscheiden? Bei den UMF sind falsche Angaben über das Alter (sie wollen alle jünger als 18 sein und dies möglichst



Prüfung der Geburtsurkunden

dauerhaft) und das (angebliche) Schicksal jedenfalls sehr verbreitet. Dokumente führen sie nicht mit sich, manchmal auch deshalb nicht, weil die Schlepper empfehlen, sie zu vernichten. Aber meistens haben sie Handys. Darauf haben sie auch Fotos, aber Fotos von Dokumenten wohl nie. Die bringen nur Migranten mit, die in Deutschland ihr Studium fortsetzen wollen. Denn dafür brauchen sie Nachweise. Für die Feststellung des wahren Alters können medizinische Untersuchungen manchmal Klarheit bringen. Ob die UMF wissen, wo sich ihre Eltern befinden und ob diese sich in Sicherheit oder in gefährlichen Gebieten befinden, darüber würde eine Kontrolle ihrer Handy-Gespräche Auskunft geben können.

Ich möchte hier zwei Vorschläge machen:

Wenn sicher ist, dass Eltern eines UMF sich in Sicherheit befinden – wobei Lager in der Türkei, im Libanon und in Jordanien als sicher gelten dürfen –, sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob dann nicht die Familienzusammenführung so durchgeführt werden kann, wie man zunächst denkt: Diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge werden in Begleitung und unter Anwesenheit eines Vertreters des entsprechenden Nachbarstaates oder (in Afghanistan) des Staates den Eltern zugeführt. Nothilfe hat Vorrang vor Wohlfahrtshilfe. Damit wir weiter Nothilfe üben können, müssen wir diejenigen zurückweisen, die unsere Angebote zur Nothilfe für Wohlfahrtshilfe instrumentalisieren.

Ich möchte diejenigen, die aus unseren Angeboten für Nothilfe für sich etwas herauschlagen wollen, das ihnen nicht zugehört ist, indem sie das Angebot zur Not-

hilfe in Wohlfahrtshilfe für sich umfunktionieren, gar keine Vorwürfe machen. Siehe oben zum Thema Selbstachtung. Aber uns möchte ich den Vorwurf machen, dass wir uns hinter das Licht führen, unsere Güte missbrauchen lassen und uns dabei auch noch als die besseren Menschen fühlen, während die Nutznießer unserer diesbezüglichen Naivität über uns lachen. Güte wird nur respektiert, wenn sie sich mit Strenge verbindet und nicht unter den Verdacht der Dummheit gerät. „Die Deutschen kann man leicht betrügen“, wenn sich das rumspricht, sind wir diskreditiert. Bei meinem zweiten Vorschlag habe ich selbst Zweifel, ob er durchführbar ist. Deutschland tritt mit den Regierungen des Libanon und Jordaniens sowie Afghanistans in Verhandlungen, ob sich dort nicht Heime und Ausbildungsstätten für minderjährige Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan einrichten lassen, die Deutschland vollständig finanziert. Man wird dort mit weit weniger als 5.000 Euro pro Flüchtling und Monat Wunder wirken können. Die Erzieher und Ausbilder sollten aus den jeweiligen Ländern angeworben werden. Sie werden die UMF so behandeln, wie es dort üblich ist. Ein Abgleiten in die Kriminalität ist zwar nie vollständig, aber nach dem Menschenmöglichen dann weitgehend ausgeschlossen. Übrigens sind die UMF zu über 90 Prozent männlich, warum wohl? Verlieren weibliche Minderjährige seltener ihre Eltern oder den Kontakt zu ihnen? Das wäre schon wieder ein seltsames Wunder.

Man könnte dort neben der Schule z. B. drei Berufsausbildungen anbieten und zugleich für unser duales Berufsausbildungskonzept werben. Das wäre echte Entwicklungshilfe. Diejenigen Eltern, die ihre Kinder bloß vorgeschickt haben, um selbst ins gelobte Land Deutschland trickreich zu gelangen, würden ihre Kinder dort schnell abholen. Und deren Problem mit dem Heimweh wäre auch erledigt. Den anderen würden wir mit unserem Geld eine gute Startchance für ihr Leben in ihrer Heimat oder seiner Nähe ermöglichen. Für einen solchen guten Zweck würde auch ich gern spenden.

Mit Familie wird wie zu Hause gelebt

Prof. Dr. Richard Schröder über den Nachzug von Angehörigen

Derzeit wird darüber diskutiert, ob Flüchtlinge ihre Familie nach Deutschland nachholen dürfen. Worum es dabei genau geht, ist aber offenbar vielen gar nicht klar. Es geht nämlich nicht um die Frage, ob anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachkommen lassen dürfen. Sie dürfen, und zwar uneingeschränkt. Genauer: Ehepartner und unmündige Kinder von Flüchtlingen, die in Deutschland anerkannt sind, dürfen Familiennachzug beantragen. Ebenso dürfen die Eltern unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge Nachzug beantragen. Das ist gar nicht strittig. Allerdings dürfen grundsätzlich nur die Genannten und nicht die Großfamilie Familiennachzug beantragen.

Politisches Handeln muss immer auf die Botschaften achten, die es gewollt oder auch ungewollt sendet

Der gegenwärtige Streit geht um diejenigen, denen der Flüchtlingsstatus von den Behörden nicht zuerkannt worden ist, weil sie nicht individuell verfolgt waren. Grundsätzlich müssen sie in ihr Herkunftsland zurück, bekommen aber subsidiären (ersatzweisen) Schutz, solange sie bei Rückkehr den Kriegsgefahren ausgesetzt wären. Dieser Schutz wird für ein Jahr gewährt, kann aber bei andauernder Kriegsgefahr verlängert werden. Die Frage ist nun, ob diese besondere Gruppe abgelehnter Migranten für die Dauer des subsidiären Schutzes ihre Familienangehörigen sollen herholen dürfen. Der Bundesinnenminister hat 2016 für diese Gruppe den Familiennachzug um ein Jahr ausgesetzt und dies um ein weiteres Jahr verlängert, bis März 2018. Nun wird gefordert, diesen Familiennachzug nicht noch einmal auszusetzen, weil dies die Integration erschwere. Dass der Familiennachzug die Integration fördert, ist nur bedingt richtig. Mit Familie leben die Migranten dann zwar in Deutschland, aber familienintern wieder wie zu Hause. Trotzdem: Wenn ein Migrant seine Familie in Deutschland begrüßen kann, ist das für alle Beteiligten eine Freude und Erleichterung, was man ihnen gern gönnen möchte.

Es gibt da aber ein Problem. Politisches Handeln muss immer auf die Botschaften achten, die es gewollt oder auch ungewollt sendet. Wenn die deutschen Behörden



einem Migranten den Flüchtlingsstatus nicht zuerkennen und ihm erklären, dass er in sein Herkunftsland zurückkehren muss, ihm aber anschließend erlauben, seine Familie nachzuholen, wird, ob man will oder nicht, die Botschaft gesendet: Nimm die Ablehnung durch unsere Behörden nicht so ernst. Wenn ihr erst einmal alle hier seid, werden sich schon Mittel und Wege finden, dass ihr dauerhaft hier bleiben dürft. Dabei sieht das Gesetz ausdrücklich vor, dass der subsidiäre Status nicht zu einem Daueraufenthalt und nicht zur Einbürgerung führen darf – es sei denn, der Aufenthalt verlängert sich durch Behördenversagen unzumutbar.

Wer den subsidiären Schutz genießt und seine Familie nachholen will, muss nachweisen, dass er genügend Wohnraum hat und seine Familie finanziell unterhalten kann. Sie soll nämlich die hiesigen Sozialkassen nicht belasten. Nur wenige Migranten werden in den ersten zwei Jahren hier ein festes Arbeitseinkommen haben. Sie müssen ja erst einmal Deutsch lernen. Vom Familiennachzug könnten demnach nur die Migranten mit dickem Portemonnaie profitieren.

Oft werden die Familienangehörigen in sicheren Lagern der Nachbarländer oder auch in sicheren Regionen Syriens auf den Familiennachzug warten. Wäre es in diesen Fällen nicht sinnvoller, dass der Migrant zu seiner Familie zurückkehrt, statt sie ins Ausland zu holen? Er würde seiner Familie die gewaltigen Umstellungen und Unsicherheiten eines kurzen Aufenthalts in der deutschen Fremde ersparen.

Über die Deutsche Nationalstiftung

Die unabhängige und überparteiliche Deutsche Nationalstiftung wurde 1993 vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt und einigen seiner Freunde wie Michael Otto, Reimar Lüst, Kurt Körber, Gerd Bucerius und Hermann Josef Abs in Weimar gegründet. Beginnend mit Richard von Weizsäcker, haben alle Bundespräsidenten die Schirmherrschaft übernommen.

Den Namen der Stiftung wählten die Stifter mit Bedacht. Im Gründungsaufwurf der Stiftung heißt es dazu: „Die Idee der deutschen Nation und die Bestimmung unserer nationalen Identität in einem geeinten Europa dürfen wir weder extremen politischen Kräften noch den Gegnern der europäischen Integration überlassen. Der Versuch, auf den Begriff von Nation und nationaler Identität zu verzichten, müsste abermals die Gefahr einer deutschen Sonderrolle auslösen. Keine andere Nation Europas würde eine ähnliche Rolle für sich akzeptieren.“

Die Stiftung hat den Auftrag, das Zusammenwachsen Deutschlands zu fördern, die nationale Identität der Deutschen bewusst zu machen und die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten Europas zu stärken. Sie veranstaltet hochkarätig besetzte Jahrestagungen zu relevanten Themen der Zeit. Fragestellungen waren zum Beispiel: „Wozu braucht Deutschland Soldaten? Wofür töten? Wofür sterben?“, „Nationale Identität in einem zusammenwachsenden Europa?“ oder: „Was ist deutsche Kultur?“ Hinzu kommen internationale Jugendprojekte und Diskussionsforen. Seit 1997 vergibt sie jährlich den mit 50.000 Euro dotierten Deutschen Nationalpreis. Zu den Preisträgern gehören u. a. die Initiative zum Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden, Wolf Biermann, das Neue Forum, Tadeusz Mazowiecki und Joseph Rován, Václav Havel, Fritz Stern, die Herbert-Hoover-Schule in Berlin („Deutsch auf dem Schulhof“), die Initiatoren eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, die Schriftsteller Erich Loest, Monika Maron und Uwe Tellkamp, die deutsch-polnischen „Brückenbauer“ Karl Dedecius und Alfons Nossol, Gottfried Kiesow, „Canto elementar“, das Generationen verbindende Singpatenprojekt, die Deutschen Jugendfeuerwehren, die Leipziger Montagsdemonstrationen, repräsentiert durch Christian Führer, Christoph Wonneberger, Uwe Schwabe und das Archiv der Bürgerbewegung Leipzig e. V., Neil MacGregor, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. und 2017 der Stadtpräsident von Breslau/Wrocław, Dr. Rafał Dutkiewicz.

Verein zur Förderung der Deutschen Nationalstiftung e. V.

Stiftungen können rechtlich keine Mitglieder haben. Deshalb bietet der gemeinnützige Verein zur Förderung der Deutschen Nationalstiftung Unternehmen und Privatpersonen die Möglichkeit, am Stiftungsleben teilzunehmen und einen eigenen Beitrag zur Unterstützung der Stiftungsarbeit zu leisten.

Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen der Stiftung bevorzugt eingeladen, erhalten alle Stiftungspublikationen und werden intensiv über die Arbeit der Stiftung informiert.

Vorsitzender des Fördervereins ist Staatsrat a. D. Dirk Reimers, zugleich Geschäftsführender Vorstand der Stiftung.

Der Verein ist über die Geschäftsstelle der Deutschen Nationalstiftung zu erreichen.

Aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden werden Projekte der Stiftungsarbeit finanziert, wie z.B. die Dokumentationen der Deutschen Nationalstiftung. Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Privatpersonen 125 Euro pro Jahr (bis zum Alter von 30 Jahren auf Antrag 25 Euro), für juristische Personen und Firmen 1.250 Euro pro Jahr. Möglich ist auch eine Übernahme von Mitgliedspatenschaften.

Informationen und Aufnahmeanträge gibt es unter www.nationalstiftung.de und unter folgender Adresse:

Verein zur Förderung der Deutschen Nationalstiftung e. V.

Feldbrunnenstraße 56

20148 Hamburg

Tel. (040) 41 33 67 53

E-Mail: info@nationalstiftung.de

Spendenkonto:

Hamburger Sparkasse

IBAN: DE87 2005 0550 1282 1444 66

BIC: HASPDEHHXXX

Gremien

Schirmherr der Stiftung
Der Bundespräsident

Gründer und Ehrenvorsitzender

Helmut Schmidt †

Gründungsschirmherr

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker †

Vorstand

Prof. Dr. Richard Schröder (Vorsitzender)

Dr. Johannes Beil

Dr. Wolfgang Peiner

Dirk Reimers (geschäftsführend)

Prof. Dr. Eckart Stratenschulte

Kuratorium

Dr. Rüdiger Grube (Vorsitzender)

Dr. Michael Otto (stellv. Vorsitzender)

Prof. Dr. Michael Göring

Dr. Nicola Leibinger-Kammüller

Ben Tellings

Dr. h.c. Frank-Jürgen Weise

Stefan Wolf

Brigitte Zypries

Senat

Prof. Dr. Horst Köhler (Senatspräsident)

Peer Steinbrück (Vizepräsident)

Prof. Dr. Marion Ackermann

Dr. Patrick Adenauer

Dr. Manfred Bischoff

Dr. Nikolaus von Bomhard

Dr. Christine Bortenlänger

Piotr Buras

Dr. Gerhard Cromme

Klaus-Dieter Frankenberger

Sylvie Goulard

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Grimm

Dr. Hans-J. Jaschke, Weihbischof em.

Dr. Necla Kelek

Prof. Ulrich Khuon

Prof. Dr. Norbert Lammert

Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann

Christian Lindner

Dr. h.c. Lothar de Maizière

Friedrich Merz

Jes Albert Möller

General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann

Prof. Dr. Ing. Reimund Neugebauer

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger

Isabel Pfeiffer-Poensgen

Janusz Reiter

Dagmar Reim

Olaf Scholz

Dr. Josef Schuster

Prof. Dr. Bassam Tibi

Dr. Giuseppe Vita

Michael Vassiliadis

Dr. Jens Weidmann

Dr. Rosemarie Wilcken

Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Ehrensensoren

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Dr. Ulrich Cartellieri

Prof. Dr. Wolf Lepenies

Dr. Wolfgang Schäuble

Ulrich Voswinckel

Kontakt/Geschäftsstelle

Dirk Reimers,
Geschäftsführender Vorstand
Katja Knapwerth, Büroleiterin
Sascha Suhrke, Jugendprojekte
Kirsten Wittek, Finanzen

Deutsche Nationalstiftung

Feldbrunnenstraße 56

20148 Hamburg

Telefon (040) 41 33 67 53

Telefax (040) 41 33 67 55

E-Mail: info@nationalstiftung.de

www.nationalstiftung.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung der Deutschen Nationalstiftung unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Nationalstiftung

Feldbrunnenstraße 56

20148 Hamburg

Verantwortlich:

Dirk Reimers, Geschäftsführender Vorstand

Redaktion:

Dirk Reimers, Katja Knapwerth

Realisation:

BKM GbR – www.hamburg-bkm.de

Druck:

Hartung Druck + Medien GmbH, Hamburg

Bildnachweis:

Agentur Bildschön: Titel, S. 8, 10 (3), 11 (2), 12, 15, 18, 21, 26, 29, 30, 32, 39

Ausserhofer: S. 48 (links)

Laif: S. 48 (Mitte)

Wikimedia Commons/Weißgerber: s 48 (rechts)

Picture Alliance/dpa: Lino Mirgeler: S. 55, 56, 58, Angelos Tzortzinis: S. 61

ISBN 978-3-947008-03-2

Dezember 2017



Deutsche Nationalstiftung

Feldbrunnenstraße 56
20148 Hamburg

Telefon (040) 41 33 67 53
Telefax (040) 41 33 67 55

E-Mail: info@nationalstiftung.de
www.nationalstiftung.de